

Herzlich Willkommen!

Aufrichtigen Dank für  
Ihre Anwesenheit!





## William O. Douglas

(Richter des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von 193 zu 1975)

---

“If a parent keeps his child out of school beyond the grade school, then the child will be forever barred from entry into the new and amazing world of diversity that we have today.”  
(Justice William O. Douglas beim im Jahre 1972 erfolgten Ausdruck seines partiellen Dissenses bezüglich des Yoder-Spruchs seitens des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten)

„Wenn ein Elternteil das eigene Kind vom Zugang zur Schule nach der Erfüllung der Schulpflicht fernhält, dann wird dem Kind der Zugang zur neuen und erstaunlichen Welt der Diversität für immer versperrt bleiben, die wir heute haben.“

# Thema

## Podiumsdiskussion

„Ziele schulischer Erziehung – Soll Erziehung in den Schulen Autonomie  
bei den Schülerinnen und Schülern fördern oder nicht? “

ao. Univ.-Prof. Dr. Karl GARNITSCHNIG

Doz. OStR Prof. Mag. Heide MANHARTSBERGER-ZULEGER

Mag. Dr. Gianluigi SEGALERBA

Montag, 09. März 2020, ab 19:00

Volkshochschule Mariahilf, Damböckgasse 4, Wien 1060

Arbeitsprämisse

Alles steht zur Verfügung:

PowerPoint und Entwurf

(sie sind jedoch vorerst noch nicht von einem Muttersprachler oder von einer Muttersprachlerin korrigiert worden)

# Selbstpräsentation

Viel studiert, aber leider vorerst (noch) nicht genug

## Index

- Einführung
- Der Ursprung: Yoder 1972.
- Positionen von Amy Gutmann
- Positionen von Arneson-Shapiro.
- Positionen von William Galston.

## Die zentrale Frage

- Was und welches ist das Ziel der Erziehung?

## Spezifikationen zur zentralen Frage (1)

- Wie sollte die Erziehung sein: kritisch, sokratisch, autonomiefördernd? Sollte Erziehung einer bestimmten Tradition unterworfen sein?
- Welche sind die Rechte der Kinder in Sachen Erziehung?
- Welche sind die Rechte der Eltern in Sachen Erziehung?
- Welche sind die Pflichten der Eltern in Sachen der Erziehung?
- Welche sind die Pflichten des Staates in Sachen Erziehung?
- Welche ist die Verantwortung des Staates in Sachen Erziehung?
- Welche ist die legitime Eingriffsmacht des Staates ins Privatleben der Familien?



## Spezifikationen zur zentralen Frage (2)

- Bis zu welchem Punkt weitet sich die Eingriffsmacht des Staates in Sachen Erziehung?
- Hat die Familie oder der Staat den Primat in Sachen der Bestimmung der Erziehungsprogramme?
- Sind die Kinder Besitz von den Familien?
- Soll der Staat lediglich minimale Erziehungsniveaus stellen? Soll hingegen der Staat größere Erziehungsniveau stellen?
- Existieren Gruppenrechte in Sachen Erziehung, oder existieren ausschließlich die Rechte der Individuen (der Kinder)?
- Soll die die Erziehung eine Art Vorbereitung zum Leben in der Gesellschaft sein?
- Welches soll das Programm der Erziehung sein, auf dass eine künftige Bürgerin / ein künftiger Bürger eine gute (im Sinne von informierter) Bürgerin / ein künftiger (im Sinne von informiertem) Bürger sein kann?
- Sollen die Erziehungsprogramme des Staates den Vorrang über die Projekte der Eltern haben, oder sollen die Projekte der Eltern den Vorrang über jedwede Staatszuständigkeit haben?

## Personen (1)

- Arneson, Richard (1945-): Lehre an der University of San Diego, California.
- Callan, Eamon (1953-): Lehre an der Stanford University; Publikationen: "Autonomy and Schooling" (Kingston, Ontario, 1988); "Creating Citizens: Political Education and Liberal Democracy" (Oxford 1997).
- Feinberg, J., (1929-2004): Lehre an der Brown University, an der Princeton University, an der UCLA, an der Rockefeller University and an der University of Arizona; Publikationen: "Freedom and Fulfillment: Philosophical Essays" (Princeton 1992).
- Galston, William A. (1946-): Lehre an den Brooking Institutions; vormaliger Professor an der School of Public Policy an der University of Maryland; Publikationen: "Liberal purposes : goods, virtues, and diversity in the liberal state" (Cambridge, U.K., 1991); "Liberal Pluralism: The Implications of Value Pluralism for Political Theory and Practice" (Cambridge, U.K., 2002).

## Personen (2)

- Gutmann, Amy (1949-): Präsidentin of the University of Pennsylvania; Publikationen: “Democratic Education” (Princeton 1987).
- Raz, Joseph (1939-): Lehre von Jura an der Columbia University Law School und am King’s College London; vormalige Lehre von Rechtsphilosophie an der University of Oxford; Publikationen: “The Authority of Law” (Oxford 1979); “The Morality of Freedom” (Oxford 1986).
- Shapiro, Ian (1956-): Professor von Politikwissenschaft an der Yale University; Publikationen: (Hrsg.) “Democracy’s Place” (Ithaka, N.Y., 1996); (herausgegeben mit Will Kymlicka) “Ethnicity and Group Rights” (New York and London 1997); “The Real World of Democratic Theory” (Princeton, N.J., 2010).

# Wisconsin



## Yoder vs. Wisconsin (406 U.S. 205, 1972)

- Drei Amish Kinder aus drei verschiedenen Familien wurden von der Schule in New Glarus, Wisconsin (der Name der Schule war New Glarus High School) nach dem Ende des achten Schuljahres wegen des Glaubensbekenntnisses der Eltern zurückgezogen: Die Fortsetzung der Schulpflicht hätte die Kinder von der Gemeinde entfernt und die freie Ausübung des eigenen Glaubensbekenntnisses gehindert.
- Die drei Familien wurden von Jonas Yoder, einem der Väter, die im Streit involviert waren, vertreten.
- Die Familien verloren den Fall vor dem Green County Court.
- Der Oberste Gericht von Wisconsin entschied zugunsten von Yoder: Er begründete die eigene Entscheidung damit, dass der verpflichtende Schulbesuch gegen das Recht der Eltern, das von der Klausel der freien Ausübung des eigenen Bekenntnisses vom ersten Zusatzartikel der Verfassung der Vereinigten Staaten geschützt werde, verstieße.

## Erster Zusatzartikel der Verfassung der Vereinigten Staaten

Der Kongress soll kein Gesetz erlassen, das eine Einrichtung einer Religion zum Gegenstand hat oder deren freie Ausübung beschränkt, oder eines, das Rede- und Pressefreiheit oder das Recht des Volkes, sich friedlich zu versammeln und an die Regierung eine Petition zur Abstellung von Missständen zu richten, einschränkt.

## Berufung

Das Board of School von Wisconsin legte Berufung bei dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten ein.

## Der Fall Yoder: Schülerin und Schüler

- Frieda Yoder (15)
- Barbara Miller (15)
- Vernon Yutzy (14)



## Der Fall Yoder: Eltern

- Jonas Yoder and Wallace Miller waren Mitglieder der Old Order Amish religion.
- Adin Yutzy war Mitglied der Conservative Amish Mennonite Church.

## Inhalt des ersten Zusatzartikels der Verfassung der Vereinigten Staaten

- Congress shall make no law respecting an establishment of religion, or prohibiting the free exercise thereof; or abridging the freedom of speech, or of the press; or the right of the people peaceably to assemble, and to petition the Government for a redress of grievances.”
- „Der Kongress soll kein Gesetz erlassen, das eine Einrichtung einer Religion zum Gegenstand hat oder deren freie Ausübung beschränkt, oder eines, das Rede- und Pressefreiheit oder das Recht des Volkes, sich friedlich zu versammeln und an die Regierung eine Petition zur Abstellung von Missständen zu richten, einschränkt.“

## Amish Auffassungen

Innerhalb der Amish Maßstäbe wurde die höhere Erziehung als nicht notwendig im Verhältnis zum Leben erachtet, das für die Amish Kinder zgedacht war. Darüber hinaus wurde die höhere Erziehung als beschädigend für die seelische Rettung der Amish. Die Familien plädierten vor dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten für die Ausnahme aus der verpflichtenden Erziehung.

## Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten (Mehrheitsmeinung, Synthese)

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten entschied auf die folgende Art und Weise:

- Die Amish Kinder dürfen nicht von der verpflichteten Erziehung nach dem 8. Schuljahr betroffen werden.
- Das Recht der Eltern, das eigene Glaubensbekenntnis auszuüben, wurde als überwiegend im Vergleich zu den Interessen des Staates, die Kinder zu erziehen, erachtet.

# Begründung (1)

Der Oberste Gerichtshof begründete die eigene Entscheidung auf die folgende Art und Weise:

- Die Staaten dürfen nicht die Individuen zum Schulbesuch zwingen, wenn der Schulbesuch gegen die Rechte verstößt, die vom ersten Zusatzartikel bestimmt sind. In diesem Falle hatte der Staat Wisconsin mit der Ausübung von einem legitimen Glaubensbekenntnis interferiert.
- Nicht all die Glaubensbekenntnisse entsprechen der Erfordernisse der religiösen Klausel des ersten Zusatzartikels. Dafür ist Evidenz erforderlich, dass sachliche religiöse Ausübungen vorliegen; die Tatsache, dass Individuen bestimmte Maßstäbe herbeigeführt haben, reicht dazu nicht.

## Begründung (2)

- Der Amish Lebensweg ist jedoch ein Lebensweg, der von tiefen religiösen Überzeugungen charakterisiert wird, die von der Bibel stammen. Dieser Lebensweg ist von ihrer Religion determiniert, welche die Ablehnung der weltlichen Güter und das Leben in einer biblischen Einfachheit einschließt. Die zeitgenössische höhere Erziehung konfligiert scharf mit diesem Lebensweg.
- Der Oberste Gerichtshof ist mit der Ansicht vom Staate Wisconsin nicht einverstanden, dass die hinzukommende Erziehung nach dem 8. Schuljahr dazu notwendig sei, die Bürgerinnen und Bürger für das politische System der Vereinigten Staaten auf wirksame und produktive Art und Weise vorzubereiten. Der Staat Wisconsin hat keine Evidenz dazu verschafft, dass zwei Jahre mehr an öffentlichen Schulen einen großen oder entscheidenden Vorteil zur Vorbereitung für das öffentliche Leben repräsentieren.

## Begründung (3)

- Zudem behauptete der Oberste Gerichtshof, dass die Amish Gemeinde sehr erfolgreich in der amerikanischen Gesellschaft ist, dass sie eine selbstversorgende, gesetzestreue Komponente der Gesellschaft ist, die all die Steuern bezahlt und jede Art von öffentlicher Wohlfahrt ablehnt. Die Amish Kinder setzen ihre Erziehung in Form der Berufsausbildung fort, nachdem sie die öffentliche Schule verlassen haben.
- Der Oberste Gerichtshof fand keine Evidenz dafür, dass die Amish Kinder, wenn sie die Amish Gemeinde ohne die zwei Jahre von hinzukommender Erziehung verlassen, ein Ballast für die Gesellschaft werden würden.

## Begründung (4)

- Im Gegensatz dazu war sich der Oberste Gerichtshof darüber einig, dass die Kinder dank dem Leben in der Amish Gemeinde über einen guten beruflichen Hintergrund verfügten.
- Es war die falsche Annahme seitens des Staates Wisconsin, dass die Amish Kinder ungebildet wären.
- Die verpflichtende Erziehung nach der Volkshochschule entsprach einer neueren Orientierung, die am Beginn des 20. Jahrhunderts mit dem Ziel entstand, Kinderarbeit zu verhindern und Kinder mit einem bestimmten Alter in der Schule beizubehalten. Die Ansicht vom Staate Wisconsin über das Verpflichten des Schulbesuches war infolgedessen weniger substantial.



## Begründung (5)

Auf den Dissens vom Richter Douglas antwortend, behauptete der Oberste Gerichtshof, dass die erhobene Frage das Interesse der Eltern betraf, das eigene Glaubensbekenntnis auszuüben; sie befasste nicht mit den Rechten der Kinder, die aus dem ersten Zusatzartikel entstammen. Das Argument über das Recht der Kinder, das freie Glaubensbekenntnis auszuüben, war in diesem Falle irrelevant.

# Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika (Synthese)

- U.S. Supreme Court
- Wisconsin v. Yoder, 406 U.S. 205 (1972)
- Wisconsin v. Yoder
- No. 70-110
- Argued December 8, 1971
- Decided May 15, 1972
- 406 U.S. 205
- CERTIORARI TO THE SUPREME COURT OF WISCONSIN

# Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika (Synthese)

- Syllabus
- Respondents, members of the Old Order Amish religion and the Conservative Amish Mennonite Church, were convicted of violating Wisconsin's compulsory school attendance law (which requires a child's school attendance until age 16) by declining to send their children to public or private school after they had graduated from the eighth grade. The evidence showed that the Amish provide continuing informal vocational education to their children designed to prepare them for life in the rural Amish community. The evidence also showed that respondents sincerely believed that high school attendance was contrary to the Amish religion and way of life, and that they would endanger their own salvation and that of their children by complying with the law. The State Supreme Court sustained respondents' claim that application of the compulsory school attendance law to them violated their rights under the Free Exercise Clause of the First Amendment, made applicable to the States by the Fourteenth Amendment.

# Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika (Synthese)

Respondents, members of the Old Order Amish religion and the Conservative Amish Mennonite Church, were convicted of violating Wisconsin's compulsory school attendance law (which requires a child's school attendance until age 16) by declining to send their children to public or private school after they had graduated from the eighth grade. The evidence showed that the Amish provide continuing informal vocational education to their children designed to prepare them for life in the rural Amish community. The evidence also showed that respondents sincerely believed that high school attendance was contrary to the Amish religion and way of life, and that they would endanger their own salvation and that of their children by complying with the law. The State Supreme Court sustained respondents' claim that application of the compulsory school attendance law to them violated their rights under the Free Exercise Clause of the First Amendment, made applicable to the States by the Fourteenth Amendment.

# Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika (Synthese)

- Held:
- 1. The State's interest in universal education is not totally free from a balancing process when it impinges on other fundamental rights, such as those specifically protected by the Free Exercise Clause of the First Amendment and the traditional interest of parents with respect to the religious upbringing of their children. Pp. 406 U. S. 213-215.
- 2. Respondents have amply supported their claim that enforcement of the compulsory formal education requirement after the eighth grade would gravely endanger if not destroy the free exercise of their religious beliefs. Pp. 406 U.S. 215-219
- 3. Aided by a history of three centuries as an identifiable religious sect and a long history as a successful and self-sufficient segment of American society, the Amish have demonstrated the sincerity of their religious beliefs, the interrelationship of belief with their mode of life, the vital role that belief and daily conduct play in the continuing survival of Old Order Amish communities, and the hazards presented by the State's enforcement of a statute generally valid as to others. Beyond this, they have
- Page 406 U. S. 206
- carried the difficult burden of demonstrating the adequacy of their alternative mode of continuing informal vocational education in terms of the overall interest that the State relies on in support of its program of compulsory high school education. In light of this showing, and weighing the minimal difference between what the State would require and what the Amish already accept, it was incumbent on the State to show with more particularity how its admittedly strong interest in compulsory education would be adversely affected by granting an exemption to the Amish. Pp. 406 U. S. 212-29, 406 U. S. 234-236.
- 4. The State's claim that it is empowered, as *parens patriae*, to extend the benefit of secondary education to children regardless of the wishes of their parents cannot be sustained against a free exercise claim of the nature revealed by this record, for the Amish have introduced convincing evidence that accommodating their religious objections by forgoing one or two additional years of compulsory education will not impair the physical or mental health of the child, or result in an inability to be self-supporting or to discharge the duties and responsibilities of citizenship, or in any other way materially detract from the welfare of society. Pp. 406 U. S. 229-234.
- 49 Wis.2d 430, 182 N.W.2d 539, affirmed.

# Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika (Synthese)

3. Aided by a history of three centuries as an identifiable religious sect and a long history as a successful and self-sufficient segment of American society, the Amish have demonstrated the sincerity of their religious beliefs, the interrelationship of belief with their mode of life, the vital role that belief and daily conduct play in the continuing survival of Old Order Amish communities, and the hazards presented by the State's enforcement of a statute generally valid as to others. Beyond this, they have

Page 406 U. S. 206

carried the difficult burden of demonstrating the adequacy of their alternative mode of continuing informal vocational education in terms of the overall interest that the State relies on in support of its program of compulsory high school education. In light of this showing, and weighing the minimal difference between what the State would require and what the Amish already accept, it was incumbent on the State to show with more particularity how its admittedly strong interest in compulsory education would be adversely affected by granting an exemption to the Amish. Pp. 406 U. S. 212-29, 406 U. S. 234-236.

4. The State's claim that it is empowered, as *parens patriae*, to extend the benefit of secondary education to children regardless of the wishes of their parents cannot be sustained against a free exercise claim of the nature revealed by this record, for the Amish have introduced convincing evidence that accommodating their religious objections by forgoing one or two additional years of compulsory education will not impair the physical or mental health of the child, or result in an inability to be self-supporting or to discharge the duties and responsibilities of citizenship, or in any other way materially detract from the welfare of society. Pp. 406 U. S. 229-234.

49 Wis.2d 430, 182 N.W.2d 539, affirmed.

# Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika

- Holding
- The Wisconsin Compulsory School Attendance Law violated the Free Exercise Clause of the First Amendment because required attendance past the eighth grade interfered with the right of Amish parents to direct the religious upbringing of their children. Supreme Court of Wisconsin affirmed.

# Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika

Amish objection to formal education beyond the eighth grade is firmly grounded in these central religious concepts. They object to the high school, and higher education generally, because the values they teach are in marked variance with Amish values and the Amish way of life; they view secondary school education as an impermissible exposure of their children to a "worldly" influence in conflict with their beliefs. The high school tends to emphasize intellectual and scientific accomplishments, self-distinction, competitiveness, worldly success, and social life with other students. Amish society emphasizes informal learning-through-doing; a life of "goodness," rather than a life of intellect; wisdom, rather than technical knowledge; community welfare, rather than competition; and separation from, rather than integration with, contemporary worldly society.



# Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika

Formal high school education beyond the eighth grade is contrary to Amish beliefs, not only because it places Amish children in an environment hostile to Amish beliefs with increasing emphasis on competition in class work and sports and with pressure to conform to the styles, manners, and ways of the peer group, but also because it takes them away from their community, physically and emotionally, during the crucial and formative adolescent period of life. During this period, the children must acquire Amish attitudes favoring manual work and self-reliance and the specific skills needed to perform the adult role of an Amish farmer or housewife. They must learn to enjoy physical labor. Once a child has learned basic reading, writing, and elementary mathematics, these traits, skills, and attitudes admittedly fall within the category of those best learned through example and "doing" rather than in a classroom. And, at this time in life, the Amish child must also grow in his faith and his relationship to the Amish community if he is to be prepared to accept the heavy obligations imposed by adult baptism. In short, high school attendance with teachers who are not of the Amish faith—and may even be hostile to it—interposes a serious barrier to the integration of the Amish child into the Amish religious community.

# Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika

The Amish do not object to elementary education through the first eight grades as a general proposition because they agree that their children must have basic skills in the "three R's" in order to read the Bible, to be good farmers and citizens, and to be able to deal with non-Amish people when necessary in the course of daily affairs. They view such a basic education as acceptable because it does not significantly expose their children to worldly values or interfere with their development in the Amish community during the crucial adolescent period. While Amish accept compulsory elementary education generally, wherever possible they have established their own elementary schools in many respects like the small local schools of the past. In the Amish belief higher learning tends to develop values they reject as influences that alienate man from God.

# Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika

Although the trial court in its careful findings determined that the Wisconsin compulsory school-attendance law "does interfere with the freedom of the Defendants to act in accordance with their sincere religious belief" it also concluded that the requirement of high school attendance until age 16 was a "reasonable and constitutional" exercise of governmental power, and therefore denied the motion to dismiss the charges. The Wisconsin Circuit Court affirmed the convictions. The Wisconsin Supreme Court, however, sustained respondents' claim under the Free Exercise Clause of the First Amendment and reversed the convictions. A majority of the court was of the opinion that the State had failed to make an adequate showing that its interest in "establishing and maintaining an educational system overrides the defendants' right to the free exercise of their religion."

# Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika

There is no doubt as to the power of a State, having a high responsibility for education of its citizens, to impose reasonable regulations for the control and duration of basic education. See, e. g., *Pierce v. Society of Sisters*, 268 U. S. 510, 534 (1925). Providing public schools ranks at the very apex of the function of a State. Yet even this paramount responsibility was, in *Pierce*, made to yield to the right of parents to provide an equivalent education in a privately operated system. There the Court held that Oregon's statute compelling attendance in a public school from age eight to age 16 unreasonably interfered with the interest of parents in directing the rearing of their offspring, including their education in church-operated schools. As that case suggests, the values of parental direction of the religious upbringing and education of their children in their early and formative years have a high place in our society. See also *Ginsberg v. New York*, 390 U. S. 629, 639 (1968); *Meyer v. Nebraska*, 262 U. S. 390 (1923); cf. *Rowan v. Post Office Dept.*, 397 U. S. 728 (1970). Thus, a State's interest in universal education, however highly we rank it, is not totally free from a balancing process when it impinges on fundamental rights and interests, such as those specifically protected by the Free Exercise Clause of the First Amendment, and the traditional interest of parents with respect to the religious upbringing of their children so long as they, in the words of *Pierce*, "prepare [them] for additional obligations." 268 U. S., at 535.

# Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika

It follows that in order for Wisconsin to compel school attendance beyond the eighth grade against a claim that such attendance interferes with the practice of a legitimate religious belief, it must appear either that the State does not deny the free exercise of religious belief by its requirement, or that there is a state interest of sufficient magnitude to override the interest claiming protection under the Free Exercise Clause. Long before there was general acknowledgment of the need for universal formal education, the Religion Clauses had specifically and firmly fixed the right to free exercise of religious beliefs, and buttressing this fundamental right was an equally firm, even if less explicit, prohibition against the establishment of any religion by government. The values underlying these two provisions relating to religion have been zealously protected, sometimes even at the expense of other interests of admittedly high social importance. The invalidation of financial aid to parochial schools by government grants for a salary subsidy for teachers is but one example of the extent to which courts have gone in this regard, notwithstanding that such aid programs were legislatively determined to be in the public interest and the service of sound educational policy by States and by Congress. *Lemon v. Kurtzman*, 403 U. S. 602 (1971); *Tilton v. Richardson*, 403 U. S. 672 (1971). See also *Everson v. Board of Education*, 330 U. S. 1, 18 (1947).

## Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika

The essence of all that has been said and written on the subject is that only those interests of the highest order and those not otherwise served can overbalance legitimate claims to the free exercise of religion. We can accept it as settled, therefore, that, however strong the State's interest in universal compulsory education, it is by no means absolute to the exclusion or subordination of all other interests. E. g., *Sherbert v. Verner*, 374 U. S. 398 (1963); *McGowan v. Maryland*, 366 U. S. 420, 459 (1961) (separate opinion of Frankfurter, J.); *Prince v. Massachusetts*, 321 U. S. 158, 165 (1944).

# Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika

As the society around the Amish has become more populous, urban, industrialized, and complex, particularly in this century, government regulation of human affairs has correspondingly become more detailed and pervasive. The Amish mode of life has thus come into conflict increasingly with requirements of contemporary society exerting a hydraulic insistence on conformity to majoritarian standards. So long as compulsory education laws were confined to eight grades of elementary basic education imparted in a nearby rural schoolhouse, with a large proportion of students of the Amish faith, the Old Order Amish had little basis to fear that school attendance would expose their children to the worldly influence they reject. But modern compulsory secondary education in rural areas is now largely carried on in a consolidated school, often remote from the student's home and alien to his daily home life. As the record so strongly shows, the values and programs of the modern secondary school are in sharp conflict with the fundamental mode of life mandated by the Amish religion; modern laws requiring compulsory secondary education have accordingly engendered great concern and conflict. The conclusion is inescapable that secondary schooling, by exposing Amish children to worldly influences in terms of attitudes, goals, and values contrary to beliefs, and by substantially interfering with the religious development of the Amish child and his integration into the way of life of the Amish faith community at the crucial adolescent stage of development, contravenes the basic religious tenets and practice of the Amish faith, both as to the parent and the child.

# Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika

The impact of the compulsory-attendance law on respondents' practice of the Amish religion is not only severe, but inescapable, for the Wisconsin law affirmatively compels them, under threat of criminal sanction, to perform acts undeniably at odds with fundamental tenets of their religious beliefs. See *Braunfeld v. Brown*, 366 U. S. 599, 605 (1961). Nor is the impact of the compulsory-attendance law confined to grave interference with important Amish religious tenets from a subjective point of view. It carries with it precisely the kind of objective danger to the free exercise of religion that the First Amendment was designed to prevent. As the record shows, compulsory school attendance to age 16 for Amish children carries with it a very real threat of undermining the Amish community and religious practice as they exist today; they must either abandon belief and be assimilated into society at large, or be forced to migrate to some other and more tolerant region. In sum, the unchallenged testimony of acknowledged experts in education and religious history, almost 300 years of consistent practice, and strong evidence of a sustained faith pervading and regulating respondents' entire mode of life support the claim that enforcement of the State's requirement of compulsory formal education after the eighth grade would gravely endanger if not destroy the free exercise of respondents' religious beliefs.



## Dissens von Douglas (1)

- Die Erziehung der Kinder ist nicht ausschließliche Zuständigkeit der Eltern.
- Die Analyse des Obersten Gerichtshofes zieht ausschließlich die Positionen der Eltern und die Positionen vom Board of Education of Wisconsin in Betracht.
- Die Eltern versuchen nicht nur, das eigene Recht auf die freie Ausübung des Glaubensbekenntnisses, sondern auch das Recht der eigenen Kinder.
- Die Kinder sollten erhört werden.
- Ein Kind könnte Klavierspieler, Astronaut oder Ozeanograph werden. Dafür wird er sich von der Amish Tradition entfernen sollen.
- Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes gefährdet die Zukunft der Kinder, nicht die Zukunft der Eltern.

## Dissens von Douglas (2)

- Wenn ein Kind von den eigenen Eltern verhindert wird, die Schule nach der Erfüllung der Pflichtschule zu besuchen, wird dem Kind unmöglich sein, die Welt der Varietät und Neuigkeit kennenzulernen, in welcher wir heute leben.
- Das Kind mag entscheiden, dass das Leben in der Amish Gemeinde das Beste ist, oder er kann gegen dieses Leben rebellieren.
- Es ist das Urteil der Schülerinnen und Schüler, nicht das Urteil der Eltern, das essentiell ist, wenn die Kinder Meister von ihrer eigenen Zukunft sein sollten.
- Wenn das Kind im Leben der Amish Gemeinschaft von denjenigen eingespannt wird, die über das Kind Autorität haben und seine Erziehung damit unterbrochen wird, kann das ganze Leben des Kindes gehemmt und entstellt.

## Dissens von Douglas (1)

“I agree with the Court that the religious scruples of the Amish are opposed to the education of their children beyond the grade schools, yet I disagree with the Court's conclusion that the matter is within the dispensation of parents alone. The Court's analysis assumes that the only interests at stake in the case are those of the Amish parents on the one hand, and those of the State on the other. The difficulty with this approach is that, despite the Court's claim, the parents are seeking to vindicate not only their own free exercise claims, but also those of their high-school-age children....

On this important and vital matter of education, I think the children should be entitled to be heard. While the parents, absent dissent, normally speak for the entire family, the education of the child is a matter on which the child will often have decided views. He may want to be a pianist or an astronaut or an oceanographer. To do so he will have to break from the Amish tradition.

## Dissens von Douglas

It is the future of the students, not the future of the parents, that is imperiled by today's decision. If a parent keeps his child out of school beyond the grade school, then the child will be forever barred from entry into the new and amazing world of diversity that we have today. The child may decide that that is the preferred course, or he may rebel. It is the student's judgment, not his parents', that is essential if we are to give full meaning to what we have said about the Bill of Rights and of the right of students to be masters of their own destiny. If he is harnessed to the Amish way of life by those in authority over him and if his education is truncated, his entire life may be stunted and deformed. The child, therefore, should be given an opportunity to be heard before the State gives the exemption which we honor today.”

# Positionen von Amy Gutmann

- Entwicklung und Förderung der Autonomie der Kinder ist ein unentbehrliches Ziel der Erziehung.
- Autorität und Paternalismus der Eltern soll dem Prinzip unterworfen sein, dass eine Pluralität von Lebensaussichten den Kindern ermöglicht werden soll. Desgleichen soll den Kindern die Erfahrung einer Pluralität von sozialen Gütern ermöglicht werden. Die Autorität der Eltern ist keine unbestimmte Macht: Sie ist funktional zur Öffnung von Lebensaussichten für die Kinder.
- Es existiert ein Recht der Kinder auf Erziehung.
- Es existiert ein Recht der Kinder auf Sozialisierung.
- Die Erziehungsinhalte hängen davon ab, welche Inhalte dazu angemessen sind, ein vollständiges Leben in der Gesellschaft zu leben.
- Das Recht der Kinder auf Erziehung bildet eine Voraussetzung dafür, ein rationales Lebewesen und ein vollständiger Bürger von einer liberaldemokratischen Gesellschaft zu werden.
- Die Konsequenz des Mangels einer formalen Erziehung ist die Unfähigkeit seitens der Kinder, ihre zivilen und politischen Rechte auszuüben.

## Positionen von Amy Gutmann

- Primäre soziale Güter, wie z.B. Erziehung, Bildung und dementsprechendes Recht auf Erziehung und auf Bildung, existieren.
- Primäre Güter sind nicht entbehrlich.
- Bürgerschaftliche Erziehung ist eines der obersten Güter.
- Die Lebensdimension der Kinder darf nicht auf die Gemeinschaft oder auf die Familie beschränkt werden. Die Kenntnis einer Pluralität von Modellen ist unentbehrlich.

## Positionen von Amy Gutmann

- Gutmanns Positionen befürworten die bürgerschaftliche Erziehung, die Entwicklung von Autonomie in den Kindern und ein Schulsystem, welches das Entstehen vom kritischen Denken unterstützt.

## Positionen von Amy Gutmann

- Es hat keinen Sinn, von einer tatsächlichen Freiheit zu sprechen, falls das Erziehungssystem nicht befürwortet wird, welches die Entwicklung der Kinder fördert.
- Gutmann denkt, dass die Eltern eine Art von Paternalismus im Verhältnis zu den eigenen Kindern ausüben dürfen.



# Positionen von Amy Gutmann

- Kinder müssen als Individuen erachtet werden, die noch nicht dazu fähig sind, all die Entscheidungen bezüglich der eigenen Zukunft zu treffen. Eine Art Paternalismus kann bezüglich der Zukunft der Kinder und deren Organisation nicht vermieden werden.
- Nichtsdestoweniger kann die Ansicht, dass den Eltern eine gewisse Macht über die eigenen Kinder zuerkannt wird, nicht bedeuten, dass die Eltern die eigenen Kinder auf das, was die Eltern wollen, ausrichten dürfen. Paternalismus sollte so ausgeübt werden, dass Kinder mit einer Pluralität von Gütern und von Lebenschancen vertraut gemacht werden. Paternalismus, d.h. Macht über die Kinder ist der Elternpflicht unterworfen, den eigenen Kindern eine Pluralität von Lebensaussichten zu eröffnen. Es handelt sich nicht um eine Macht, die ohne weitere Bestimmung ist. Diese Macht ist zur Entwicklung und Entwicklungsförderung der Kinder funktional.

# Positionen von Amy Gutmann

- Einmischung in der Handlungsfreiheit der Kinder lässt sich infolgedessen nur damit rechtfertigen, dass diese Einmischung auf die gegenwärtigen oder auf die künftigen Interessen der Kinder bezogen wird und Bezug nimmt. Kinder sollen als potentiell vernünftige Lebewesen angesehen werden, die dazu fähig sind, auf freie Art und Weise zwischen einer Pluralität von Konzeptionen des guten Lebens zu wählen; zugleich müssen die Kinder als Lebewesen betrachtet werden, die dazu fähig sind, in einer demokratischen Gesellschaft sich selbst zu regieren. Dies bedeutet, dass nach Gutmanns Ansicht eine Voraussetzung des ganzen Prozesses darin besteht, dass eine bestimmte Auffassung der Kinder herrscht: Kinder sind zumindest potentiell vernünftige Lebewesen zu erachten: dieser anwachsenden Rationalität soll Rechnung getragen werden. Kinder sind keine Teigware.
- Gutmann unterstreicht die Wichtigkeit von Gütern wie einer Erziehung, die den Individuen ermöglicht, zwischen verschiedenen Möglichkeiten zu wählen und gebildete Bürgerinnen und Bürger zu werden. Ohne gebildete Bürgerinnen und Bürger zu sein, werden die Individuen um eine Orientierung bezüglich der Welt, in welcher sie leben, bestohlen. Die Macht der Eltern darf nur dazu verwendet werden, um die Entwicklung der Kinder zu fördern.

## Positionen von Amy Gutmann

- Die Bedeutung des Kinderrechts auf Erziehung innerhalb einer liberalen Gesellschaft muss überprüft werden. Wenn Kinder Rechte aufgrund ihrer Bedürfnisse und Interessen als künftige Staatsbürgerinnen und Bürger besitzen, ist eines von diesen Rechten das Recht auf Erziehung oder, wie einige Theoretiker sagen, „das Recht auf Sozialisierung“. Der Inhalt des Kinderrechts auf Erziehung wird davon abhängig sein, was für ein realisiertes Leben innerhalb der Gesellschaft nötig ist. Kindern soll ermöglicht werden, zwischen verschiedene Konzeptionen vom Gut zu wählen und an der Politik teilzunehmen, wenn sie es wollen. Das Kinderrecht auf verpflichtende Erziehung ist eine Voraussetzung dazu, ein rationales Lebewesen und ein vollständiger Bürger / eine vollständige Bürgerin innerhalb einer liberaldemokratischen Gesellschaft zu werden.

## Positionen von Amy Gutmann

- Ohne schulische Erziehung werden die Kinder dazu unfähig sein, ihre zivilen und politischen Rechte innerhalb der Gesellschaft auszuüben. Die Behauptung, dass die Eltern ein unbegrenztes Recht auf die Ausübung des eigenen Glaubensbekenntnisses besitzen, enthält infolgedessen die Behauptung des Rechtes dazu, die eigenen Kinder um zwei grundlegenden Güter zu bestehlen, für welche der liberaldemokratische Staat existiert:
  - Das Treffen von einer informierten Wahl zwischen den Komponenten des guten Lebens und
  - die Teilnahme an der demokratischen Selbstregierung.

## Positionen von Amy Gutmann

- Das Recht auf eine verpflichtende Schulerziehung bildet eine Voraussetzung dafür, dass die Individuen rationale Lebewesen werden und vollständige Bürgerinnen und Bürger werden.
- Ohne die Erfüllung dieser Voraussetzung liegt keine Möglichkeit vor, eine korrekte Erziehung der Individuen zu erlangen. Das Interesse der Kinder ist nach der Ansicht von Gutmann, die eigenen Potentialitäten zu entwickeln: Dies kann ausschließlich erfolgen, nur wenn das diesem Interesse entsprechende Recht der Kinder auf die schulische Erziehung in die Tat umgesetzt wird. Ohne die schulische Erziehung werden die Kinder eine Verminderung bezüglich ihrer eigenen Entwicklung erleiden; sie werden nicht die gebührende mentale Entwicklung erlangen können. Dies ist eine deutliche Verminderung in der Freiheit: Denn Freiheit kann ohne Erziehung vervollständigt werden.

## Positionen von Amy Gutmann

Ohne Erziehung verlieren die liberalen Freiheiten vieles, um nicht zu sagen alles, von ihrem Wert.

## Positionen von Amy Gutmann

- Die Auffassung, dass keine wirksame, keine tatsächliche Freiheit existieren kann, wenn zumindest ein gewisser Grad an Erziehung nicht erlangt wird, ist ein fixer Punkt in der Meditation über Erziehung seitens Amy Gutmanns.
- Eine Person, die um die Möglichkeit der Erziehung bestohlen wird, ist eine Person, die in der Gesellschaft orientierungslos ist. Eltern sollen nach der Auffassung von Gutmann die Kinder mit einer Pluralität von möglichen Realisierungsweisen ausstatten.

## Positionen von Amy Gutmann

- Eltern haben infolgedessen kein Recht dazu, die eigenen Kinder von Umwelten zurückzuziehen, in denen sie Zugang zu verschiedenen Lebenschancen haben könnten.
- Obwohl Eltern eine Macht über die Kinder haben, kann diese Macht ihrerseits nicht implizieren, dass die Eltern ihre Kinder zu einem bestimmten Gut dirigieren dürfen oder dass sie ihre Kinder von der Pluralität der Lebensaussichten ausschließen dürfen. Eltern sollen ihre eigenen Kindern mit einer Pluralität von Gütern vertraut machen. Gutmann erachtet als ein grundlegendes Prinzip, dass die Individuen das Recht besitzen, über ihre Zukunft zu entscheiden: Das Recht, über die eigene Zukunft zu entscheiden, impliziert jedoch, dass die Kinder mit einer Pluralität von Möglichkeiten vertraut werden sollten. Ohne über eine Pluralität von Lebensmöglichkeiten zu verfügen, verfügen Kinder eigentlich nicht über eine freie Wahl. Ohne Schulsystem wird es den Kindern nicht möglich sein, reife Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu werden.



## Amy Gutmann

“To determine who ought to have educational power over children, I begin by looking for a standard of paternalism: a standard justifying interference with a child’s freedom of action by reference to the child’s present or future interests. I assume that a liberal justification of paternalism toward children must rest upon an equal consideration of the interests of children as potentially rational beings, beings capable of choosing freely among a range of competing conceptions of the good life and of intelligently governing themselves in a democratic society” (Children, Paternalism, and Education: A Liberal Argument, pag. 338).

## Amy Gutmann

“The most obvious primary goods we as rational persons would want provided to us as children are adequate nutrition, health care, housing, familial affection, and an education adequate to choosing among available economic and social opportunities and to becoming informed, democratic citizens. Yet, from the point of view of some citizens within our society, even this short list is controversial. Many Jehovah’s Witnesses and Christian Scientists do not think that their children should be forced to take certain medicines or undergo certain medical treatments that are necessary to good health and normal physiological development, and sometimes to life itself. The Old Order Amish do not believe that formal secondary education is a primary good in our society. But these examples need not upset the plausibility of a primary good standard of paternalism applied to children.” (Children, Paternalism, and Education: A Liberal Argument”, p. 340)

## Amy Gutmann

“Primary goods justifiably guide paternalistic interventions only if certain conditions hold. The subject’s reason or will must be too weak to guide his actions or evidently must have failed to do so. And we must be incapable of knowing enough about the subject’s more settled aims and preferences. (...) We know that children (at least below a certain age) lack adequate reason to make many important decisions for themselves, and we cannot take their aims or preferences to be settled.” (Children, Paternalism, and Education: A Liberal Argument”, p. 340)

## Amy Gutmann

“Rarely, if ever, does a family furnish its children with as broad a range of resources and opportunities to choose among free and adequate adult lives as does a wider society. While parents often do give their children some of the essential goods of life, they still have a duty to permit, if not to prepare, their children to choose among a range of conceptions of the good life that differ substantially from those held by the family. As citizens of a society offering a broad range of choices to its adult members, parents have an obligation to allow their children to be exposed to the choices available in their extra-familial society.” (Children, Paternalism, and Education: A Liberal Argument”, p. 342)

## Amy Gutmann

“If my argument so far is correct, it will not suffice to claim that the Amish community has the right to impose its standards upon Amish children. Even if the Amish community were an economically and politically self-sufficient unit within our society, the Amish would still have a duty to expose their children to a greater range of choice than they now do. If they were self-sufficient enough, it might be the case that no state surrounding the Amish community would have a clear right to intervene in the education of Amish children so as to enforce the duty of Amish parents. The parental duty, nonetheless, would remain. Of course, the Wisconsin Amish today are not a self-sufficient community, nor do they provide their children with as broad a range of choices among good lives as the larger society does.” (Children, Paternalism, and Education: A Liberal Argument, pp. 342-343)

# Amy Gutmann

“... we must briefly examine the meaning of a child’s right to education within a liberal society. If children have rights in virtue of their basic needs and interests as future adult citizens, one of those rights will be a right to education, or what some theorists have called “a right to socialization”. The content of children’s right to education will depend upon what is adequate for living a full life within their society – for being capable of choosing among available conceptions of the good and of participating intelligently in democratic politics if they so choose. I have no doubt that this criterion imposes substantially greater obligations upon us than we fulfill by our current educational, and other related, practices. But beyond this point, education ceases to be a right, even if it remains an important human good. On this understanding, a child’s right to compulsory education is a precondition to becoming a rational human being and a full citizen of a liberal democratic society.

Without any formal schooling, children will be incapable of intelligently exercising their civil or political rights within our society. The assertion on the part of the parents of an unconstrained right of free exercise therefore entails the assertion of a right to deprive their children of two fundamental goods for which a liberal democratic state exists: the making of an informed choice among components of the good life, and participation in meaningful democratic self-government.” (Children, Paternalism, and Education: A Liberal Argument, pp. 348-349)

Amy Gutmann

Without any formal schooling, children will be incapable of intelligently exercising their civil or political rights within our society. The assertion on the part of the parents of an unconstrained right of free exercise therefore entails the assertion of a right to deprive their children of two fundamental goods for which a liberal democratic state exists: the making of an informed choice among components of the good life, and participation in meaningful democratic self-government.” (Children, Paternalism, and Education: A Liberal Argument, pp. 348-349)

Amy Gutmann

“Without education, liberal freedoms lose a great deal, even if not all, of their value.” (Children, Paternalism, and Education: A Liberal Argument, p. 349)



Joel Feinberg

Children are not legally capable of defending their own future interests against present infringement by their parents so that task must be performed for them, usually by the state in its role of *parens patriae*. American courts have long held that the state has a “sovereign power of guardianship” over minors and other legally incompetent persons, which confers upon it the right, or perhaps even the duty, to look after the interests of those who are incapable of protecting themselves. (The Child’s Right to an Open Future, p. 79)

## Joel Feinberg

The case against the exemption for the Amish must rest entirely on the rights of Amish children, which the state as *parens patriae* is sworn to protect. An education that renders a child fit for only one way of life forecloses irrevocably his other options. He may become a pious Amish farmer, but it will be difficult to the point of practical impossibility for him to become an engineer, a physician, a research scientist, a lawyer, or a business executive. The chances are good that inherited propensities will be stymied in a large number of cases, and in nearly all cases, critical life decisions will have been made irreversibly for a person well before he reaches the age of full discretion when he should be expected, in a free society, to make them himself. (The Child's Right to an Open Future, p. 82)

## Positionen von Richard Arneson – Ian Shapiro (1)

- Es existieren bestimmte Grenzen zur Autorität der Eltern.
- Die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern sollten als ein Verhältnis von Pflegschaft und von Treuhänderschaft (Treuhandschaft) interpretiert werden.
- Pflegschaft und Treuhänderschaft schließen aus, dass Kinder der Besitz der Eltern sind.
- Die patriarchalische Annahme, dass Kinder Hab und Gut der Eltern sind, wird abgelehnt.
- Das Recht der Kinder auf Erziehung übertrumpft das Recht der Amish Gemeinschaft, das Leben der eigenen Gemeinschaft aufzubewahren.
- Erziehung sollte Kinder und Schüler für ein Leben in der Welt im generellen Sinne, nicht für das Leben in einer besonderen Gemeinschaft mit dem Ausschluss aller anderer Lebensweisen vorbereiten.
- Erziehung sollte Erziehung zur Staatsbürgerschaft sein. Erziehung sollte den Schülerinnen und Schülern die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen, wenn sie den Wunsch haben, am öffentlichen Leben teilzunehmen.

## Positionen von Richard Arneson – Ian Shapiro (2)

- Der Staat hat eine präzise Pflicht bezüglich Erziehung. Der Staat darf sich mit dem machbaren Minimum begnügen.
- Der grundlegende Aspekt ist, dass Erziehung als solche ein Wert ist. Ohne Erziehung ist keine reife Staatsbürgerschaft da.
- Der Punkt, dass das Element, welches die Positionen von Arneson-Shapiro auszeichnet, besteht darin, dass sie die Staatsbürgerkunde als das unersetzliche Instrument erachten, um eine reife Staatsbürgerschaft zu erlangen.
- Die Teilnahme an der öffentlichen Dimension bildet eine vernünftige Obligation. Arneson-Shapiro zeigen keine Gleichgültigkeit im Verhältnis zur Teilnahm oder Nicht-Teilnahme an der Stimmabgabe. Sie plädieren für ein aktives Modell von Teilnahme.
- Teilnahme am sozialen Leben ist besser als Rückzug vom sozialen Leben.
- Gruppenrechte dürfen die individuellen Rechte nicht übertrumpfen.
- Die Annahme, dass Gruppenrechte das Recht der Individuen zur Erziehung übertrumpfen können, darf nicht akzeptiert werden.
- Erziehung als Erziehung zur Autonomie.
- Maximisierung von Optionen.
- Entwicklung der kritischen Vernunft.

# Arneson - Shapiro

Arneson und Shapiro bringen zahlreiche Beobachtungen in ihrer eigenen Studie zum Ausdruck:

- Kinder sind nicht Eigentum von ihren Eltern.
- Jede Form vom Patriarchalismus wird in Verhältnis zu den Kindern abgelehnt.
- Kinder dürfen nicht für die Ziele der Eltern verwendet werden.
- Kinder dürfen nicht dazu verwendet werden, das Überleben einer Glaubensgemeinschaft zu garantieren.
- Die Interesse der Kinder darf nicht anderen Zielen untergeordnet werden.
- Kinder leben mit ihren eigenen Eltern in einer Beziehung von Treuhänderschaft, nicht in einem Verhältnis von Unterordnung.
- Kinder haben das Recht, eine Erziehung zu bekommen, die sie zumindest mit einem gewissen Grad an Autonomie ausstattet.
- Wenn Kinder nicht zur Autonomie erzogen werden, sind sie nicht frei.

# Arneson - Shapiro

- Arneson und Shapiro erklären, dass sie die Grenzen der Autorität der Eltern bezüglich der Erziehung der Kinder, mit denen sie beauftragt worden sind, analysieren. Statt von Autorität der Eltern über die Kinder bevorzugen die zwei Autoren, vom Verhältnis der Treuhänderschaft der Eltern mit den Kindern zu sprechen. Sie lehnen die Auffassung ab, dass Kinder Besitz der Eltern sind. Es liegen präzise Grenzen in Bezug auf die Autorität der Eltern mit ihren Kindern.
- Die zwei Autoren sehen die Präsenz einer Diskrepanz zwischen den Rechten der Eltern, die mit der Ausübung der Religion verbunden war, und den Ansprüchen des Staates, die auf die Erziehung der Kinder bezogen wird. Die Diskrepanz betrifft
  - das Interesse der Amish Gemeinde, das in der Ausübung des Glaubensbekenntnisses liegt und in der Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Gemeinschaft, und
  - das Interesse des Staates, die Erziehung der Kinder zu fördern, und dies ganz unabhängig davon, welche Konsequenzen dies für das Überleben der Gemeinschaft haben kann.
- Die Zwietracht liegt unter anderem darin, dass die Amish einen höheren Grad an Erziehung als eine Bedrohung für die Gemeinschaft erachten, da höheren Graden an Erziehung eine höhere Möglichkeit entspricht, dass die Kinder die Gemeinschaft verlassen.

# Arneson - Shapiro

- An der Amish Erziehung kritisieren die zwei Autoren, dass das Erziehungssystem der Amish auf den Verbleib der Kinder in der Gemeinschaft abzielt. Das Erziehungssystem der Amish ist dafür ausgedacht, dass die Kinder für das Leben in der Amish Gemeinschaft vorbereitet sind; eine generelle Vorbereitung für ein Leben außerhalb der Gemeinschaft ist nicht vorgesehen. Dafür versuchen die Amish auf jede Art und Weise, die Kinder von der externen Welt zu isolieren; das Erziehungssystem der Amish Gemeinschaft tendiert dazu, den Kinder von jede Form von kritischer Auseinandersetzung mit den Amish Werten und Glaubensprinzipien abzuraten.
- Im Besonderen opponiert die Amish Gemeinschaft der Hochschulerziehung, da sie die Hochschulerziehung als eine Bedrohung für die ganze Lebensweise der Amish Gemeinschaft ansehen. Es wird behauptet, dass mit vierzehn Jahren die Amish Kinder alles wissen, um erfolgreich in der Amish Gemeinschaft zu leben: Daher opponiert die Amish Gemeinschaft jeder weiteren Form von schulischer Erziehung, die außerhalb der Gemeinschaft stattfinden sollte: Dafür wird eine Art von Berufsausbildung bevorzugt, die innerhalb der Gemeinschaft stattfindet.
- Die Schulerziehung erweitert die Interessen der Kinder: Daher wird sie als ein Hindernis zur Stabilität und Aufrechterhaltung der Gemeinschaft erachtet. Innerhalb dieser Konstellation wird jede Form von kritischem Denken vermieden: Da die Mischung mit dem Leben außerhalb der Gemeinschaft als eine Gefahr für die Rettung des Individuums angesehen wird, wird die Gemeinschaft alles machen, auf dass diese Mischung nicht vorfällt.
- Das Erziehungssystem existiert ausschließlich mit dem Ziel, dass das Weiterleben und Überleben der Gemeinschaft gesichert werden kann.

# Arneson - Shapiro

- An der Amish Erziehung kritisieren die zwei Autoren, dass das Erziehungssystem der Amish auf den Verbleib der Kinder in der Gemeinschaft abzielt. Das Erziehungssystem der Amish ist dafür ausgedacht, dass die Kinder für das Leben in der Amish Gemeinschaft vorbereitet sind; eine generelle Vorbereitung für ein Leben außerhalb der Gemeinschaft ist nicht vorgesehen. Dafür versuchen die Amish auf jede Art und Weise, die Kinder von der externen Welt zu isolieren; das Erziehungssystem der Amish Gemeinschaft tendiert dazu, den Kinder von jede Form von kritischer Auseinandersetzung mit den Amish Werten und Glaubensprinzipien abzuraten.
- Im Besonderen opponiert die Amish Gemeinschaft der Hochschulerziehung, da sie die Hochschulerziehung als eine Bedrohung für die ganze Lebensweise der Amish Gemeinschaft ansehen. Es wird behauptet, dass mit vierzehn Jahren die Amish Kinder alles wissen, um erfolgreich in der Amish Gemeinschaft zu leben: Daher opponiert die Amish Gemeinschaft jeder weiteren Form von schulischer Erziehung, die außerhalb der Gemeinschaft stattfinden sollte: Dafür wird eine Art von Berufsausbildung bevorzugt, die innerhalb der Gemeinschaft stattfindet.



## Arneson - Shapiro

- Die Schulerziehung erweitert die Interessen der Kinder: Daher wird sie als ein Hindernis zur Stabilität und Aufrechterhaltung der Gemeinschaft erachtet. Innerhalb dieser Konstellation wird jede Form von kritischem Denken vermieden: Da die Mischung mit dem Leben außerhalb der Gemeinschaft als eine Gefahr für die Rettung des Individuums angesehen wird, wird die Gemeinschaft alles machen, auf dass diese Mischung nicht vorfällt.
- Das Erziehungssystem existiert ausschließlich mit dem Ziel, dass das Weiterleben und Überleben der Gemeinschaft gesichert werden kann.

# Arneson - Shapiro

- Die Zweitacht zwischen den beiden Anschauungen ist stärker, als es auf den ersten Blick geglaubt werden könnte. Die Amish Gemeinschaft ist auf der einen Seite davon überzeugt, dass eine bestimmte Lebensweise unentbehrlich ist, um die Rettung der Seele zu erlangen. Auf der anderen Seite liegt eine Interpretation des Lebens als eine Wahl zwischen einer Pluralität von Lebensmöglichkeiten vor: Diese Interpretation des Lebens entspricht einem Modell von Teilnahme am Pluralismus des sozialen Lebens: Unterschiedliche Lebensweise sind zugelassen, und keine spezifische Art von Leben wird als ein Leben erachtet, das die Personen zur Rettung der eigenen Seele führt.
- Die Auffassung der Staatsbürgerschaft, die Arneson und Shapiro vertreten, sieht vor, dass die Individuen dazu fähig sind, auf eine informierte Art und Weise in Wahlen abzustimmen, welche die Mitglieder von legislativen Versammlungen bestimmen. Darüber hinaus werden bei diesen Wahlen die Personen gewählt, die die Gesetze anwenden. Die Wählerinnen und Wähler sollen die notwendige Vorbereitung haben, um die Entscheidung bei den Wahlen zu treffen.
- Wählerinnen und Wähler sollen eine adäquate Kenntnis der politischen Wissenschaft; sie sollten ein passendes Verständnis der modernen Weltgeschichte haben; sie sollten die Geschichte der demokratischen Institutionen und die Kultur der eigenen Gesellschaft kennen. Sie sollten darüber hinaus über ein kritisches Denken verfügen, die ihnen ermöglicht, sich die Situationen der Mitbürgerinnen und der Mitbürger vorzustellen, die Erfahrung der Mitbürgerinnen und der Mitbürger anzuschauen, die Prinzipien und die Attitüden der Mitbürger und der Mitbürgerinnen zu analysieren.
- Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sollten die Fähigkeit dazu haben, sich selbst auf dem Laufenden über die Ereignisse zu halten, welche mit den Entscheidungen der Regierungen zusammenhängen könnten.

# Arneson - Shapiro

- Innerhalb einer demokratischen Grundordnung, in welcher verschiedene Glaubensbekenntnisse, Weltanschauungen, Gruppen, Interessen vorliegen, Entscheidungen zu treffen, die all diesen Verschiedenheiten Rechnung tragen, ist eine sehr schwierige Aufgabe. Arneson und Shapiro behaupten, dass eine Erziehung, welche dem Niveau der einfachen Alphabetisierung überlegen ist, notwendig ist, damit die Kinder auf die Verantwortung und auf die Pflichten vorbereitet sein könnten, die mit der Staatsbürgerschaft zusammenhängen: Eine höhere Schulerziehung löst nicht all die Probleme, sie ist jedoch eine Form von Erziehung, die einige Fertigkeiten verschafft, auf dass eine Person die Kompetenzen erlangen kann, die für die Ausübung der Staatsbürgerschaft notwendig sind.
- Bezüglich der tatsächlichen Ausübung der Staatsbürgerschaft sind Arneson und Shapiro der Ansicht, dass eine gewisse Pflicht zu wählen in einer funktionierenden Demokratie existiert. Die Teilnahme an den Wahlen ist notwendig, wenn das System richtig funktionieren soll. Arneson und Shapiro geben zu, dass Fälle da sind, in welchen nicht zu wählen ist gestattet und sogar empfehlenswert.
- Der Rückzug der Amish von der Gesellschaft könnte auch vertretbar sein: Ein informiertes Urteil bezüglich dieser Fächer ist trotzdem erreichbar nur für Personen, die verstehen, wie demokratische Systeme funktionieren und welche Themen im Rahmen der demokratischen Wahlen besprochen werden. Es ist notwendig, dass eine Person für eine kompetente Staatsbürgerschaft erzogen wird, auf dass es bestimmt werden kann, ob es statthaft oder verpflichtend ist, am Wahlprozess nicht teilzunehmen. Damit es auf begründete Art und Weise entschieden werden kann, am Wahlprozess nicht teilzunehmen, soll eine Person die Kompetenz besitzen, die mit dem vollständiger Staatsbürgerschaft zusammenhängt.

# Arneson - Shapiro

- Ein Aspekt, der Arneson und Shapiro am Yoder-Spruch kritisieren, besteht darin, dass die betroffenen Eltern die These befürwortet hatten, dass die Amish Gemeinde das Recht hat, die Bedingungen für das eigene Überleben zu gewährleisten und die Ausübung der eigenen Religion aufzubewahren.
- Der Ansatz, dass ein Recht der Gemeinschaft existiert, stellt nach der Ansicht von Arneson und Shapiro einen übertriebenen Anspruch für Gruppenrechte dar. Gruppen sind Gruppen von Individuen; vom Recht, das Überleben der Amish Gemeinschaft zu garantieren, zu sprechen, zieht nicht in Betracht, dass Zwietracht bei den Mitgliedern einer Gruppe herrschen könnte: Sie könnten voneinander verschiedene Interessen und Rechte haben.
- Wenn das Interesse der Amish Kinder darin besteht, eine adäquate Erziehung zu bekommen, und wenn die Tatsache, dass die Amish Kinder eine adäquate Erziehung bekommen, das Bestehen der Gruppe gefährden wird, dann entsteht und besteht eine Zwietracht von Interessen und von Rechten zwischen Gemeinschaft und Kindern. Arneson und Shapiro sind der Auffassung, dass in diesem Falle kein Grund angeführt werden kann, aufgrund dessen die Interessen der Kinder bezüglich ihrer eigenen Erziehung zugunsten des Wunsches der Eltern, das Überleben der Amish Gemeinschaft zu garantieren, aufgeopfert werden sollte. Das Recht und das Interessen der Kinder auf eine angemessene Erziehung darf unter keinen Umständen zugunsten eines Gruppenrechtes aufgeopfert werden.

# Arneson - Shapiro

- Der Zwiespalt, die an die Oberfläche auftaucht, besteht darin, dass die Forderung der Amish Familien, die eigenen Kinder aus der Schule mit nach 8 statt nach 10 Jahren zurückzuziehen, auf der Auffassung basiert, dass längere Schulperioden den Verbleib der Amish Kinder in der Gemeinschaft gefährdeten, so dass das Überleben an sich der Gemeinschaft in Gefahr stünde. Das individuelle Recht auf Erziehung sollte daher zugunsten des Gruppenrechts aufgeopfert werden, dass die Gemeinschaft das Recht zu Überleben hat.
- Es fehlt innerhalb dieser Auffassung, dass das Recht der Kinder auf Erziehung dem Gruppenrecht opponieren könnte; es wird einfach nicht akzeptiert oder auch nur in Betracht gezogen, dass bestimmte individuelle Rechte dem Gruppenrecht opponieren könnten. Das Gruppenrecht ist jeder Möglichkeit vorgeordnet.
- Arneson und Shapiro behaupten deutlich, dass ihre Positionen nicht eine solche ist, die gegen die Existenz der Amish Gemeinschaft ist. Sie sind nicht dafür, dass die Gemeinschaft vom Staat entfernt werden sollte. Sie akzeptieren nicht, dass den Eltern ein Recht zuerkannt wird, sich an den Rechten der Kinder auf eine adäquate Erziehung zu vergreifen, auf dass die Eltern die Amish Gemeinschaft aufbewahren können. Das Recht der Eltern muss dem Recht der Kinder weichen. Das Recht der Amish auf freie Assoziation enthält nicht, dass Kinder Verletzungen bezüglich ihrer Rechte wegen dieses Rechts auf Assoziation ertragen sollten.

# Arneson - Shapiro

- Arneson und Shapiro sind der Ansicht, dass das Recht, eine eigene individuelle Autonomie zu entwickeln, die richtige Antwort auf die Probleme repräsentiert, die vom Yoder-Spruch aufgeworfen worden sind. Kinder haben das Recht auf eine offene Zukunft: Das Ziel der Erziehung sollte innerhalb dieser Sichtweise darin bestehen, dass die Kinder für eine Lebensweise vorbereitet werden, die sich aus rationaler Autonomie zusammensetzt, nachdem sie erwachsen geworden sind. Eine rationale selbständige Lebensweise ist eine solche, die von sich selbst gewählt wird. Die Erziehung für die rationale Autonomie schließt zwei Erfordernisse ein:
  - Den Individuen sollte am Anfang ihres Erwachsen-Werden ermöglicht werden, in der weitestmöglichen Varietät von Lebensweisen und Konzeptionen des Guten zu wählen.
  - Individuen sollten Fertigkeiten von kritischer Reflexion bekommen werden, so dass sie am besten die Fähigkeit erlangen, zwischen den alternativen Lebensweisen zu wählen.
- Arneson und Shapiro nennen diese zwei Bedingungen die Maximierung von Optionen und die Entwicklung der kritischen Vernunft. Eine offene Zukunft kann garantiert werden, nur wenn eine entsprechende Erziehung gegeben wird. Wenn die Erziehung geschlossen ist, wird keine Möglichkeit zur offenen Zukunft vorliegen.

# Arneson - Shapiro

- Arneson und Shapiro sind der Ansicht, dass Mitglieder von einer demokratischen Gesellschaft dazu verpflichtet sind, die Verantwortungen, die mit einer demokratischen Staatsbürgerschaft zusammenhängen, auszuführen.
- Um politische Vorschläge zu beurteilen, sollen die Bürgerinnen und Bürger dazu fähig sein, eine kritische Vernunft zu verwenden, um zu sehen, welche Konsequenzen aus den verschiedenen Vorschlägen herauskämen. Innerhalb einer Demokratie ist es notwendig, da die Bürgerinnen und Bürger von den Entscheidungen der Mehrheit betroffen werden, dass die Bürgerinnen und Bürger die Fertigkeiten entwickeln, die zum Verständnis und zur Beurteilung der politischen Entscheidungen, von denen ihre eigenen Leben betroffen werden könnten und durch die sie das Leben der anderen beeinflussen könnten, leiten. Innerhalb einer Demokratie sollten die Kinder zur Entwicklung des eigenen kritischen Denkens erzogen werden; Eltern und Erzieher werden aufgefordert, Instrumente zum kritischen Denken den Kindern zu geben. Arneson und Shapiro sind der Auffassung, dass all diejenigen, die sich zu einem Rückzug aus dem öffentlichen Leben entschließen, dies machen können, nur wenn sie die Instrumente haben, um eine vernünftige Entscheidung zu treffen: Auf dass eine solche Entscheidung auf begründete Art und Weise getroffen wird, müssen die Individuen die entsprechende Kenntnisse haben. Erst wenn die Autonomie erreicht worden ist, kann gesagt werden, dass eine Entscheidung zum Rückzug aus dem öffentlichen Leben eine authentische Entscheidung ist, da diese Entscheidung von einer autonomen Person getroffen worden ist.

# Arneson - Shapiro

- Die Inkompatibilität zwischen dem Kinderrecht auf Autonomie und dem Gruppenrecht der Amish ist insofern klar: Die Amish sind der festen Überzeugung, dass sie ihre Kinder dazu erziehen sollten, dass die Kinder das Leben der Amish Gemeinschaft annehmen und weiterverfolgen. Eventuelle Fertigkeiten, die aus kritischem Denken bestehen, würden die Kinder von einer Identifizierung mit der Amish Lebensweise entfernen. Infolgedessen würde das kritische Denken für die Kinder korrumpierend sein.
- Bezüglich der Erziehung für Autonomie an sich selbst sind Arneson und Shapiro der Auffassung, dass Autonomie in der Entwicklung von Fertigkeiten vom kritischen Denken besteht. Die autonome Person ist nicht die Person, die die eigenen Gedanken selbständig erzeugt; die autonome Person, um eine authentische autonome Person definiert zu werden, ist diejenige, die dazu fähig ist, über die eigenen Gedanken kritisch zu reflektieren; sie ist die Person, die dazu fähig ist, ihre eigenen Gedanken infolge des eigenen Denkens und Umdenkens zu modifizieren. Das Amish Erziehungsprogramm ist insofern falsch, als es die Kinder nicht zum kritischen Denken trainiert; dieses Erziehungsprogramm schließt nicht die Möglichkeit ein, dass die Kinder zum kritischen Denken über ihre eigenen Werte aufgefordert werden. Ganz im Gegenteil zielt das Amish Erziehungsprogramm darauf ab, das kritische Denken einzugrenzen, so dass Kinder Glaubensprinzipien annehmen, ohne dass diese Prinzipien der Reflexion unterworfen werden.



# Arneson - Shapiro

- Arneson und Shapiro sind der Ansicht, dass Mitglieder von einer demokratischen Gesellschaft dazu verpflichtet sind, die Verantwortungen, die mit einer demokratischen Staatsbürgerschaft zusammenhängen, auszuführen.
- Um politische Vorschläge zu beurteilen, sollen die Bürgerinnen und Bürger dazu fähig sein, eine kritische Vernunft zu verwenden, um zu sehen, welche Konsequenzen aus den verschiedenen Vorschlägen herauskämen. Innerhalb einer Demokratie ist es notwendig, da die Bürgerinnen und Bürger von den Entscheidungen der Mehrheit betroffen werden, dass die Bürgerinnen und Bürger die Fertigkeiten entwickeln, die zum Verständnis und zur Beurteilung der politischen Entscheidungen, von denen ihre eigenen Leben betroffen werden könnten und durch die sie das Leben der anderen beeinflussen könnten, leiten. Innerhalb einer Demokratie sollten die Kinder zur Entwicklung des eigenen kritischen Denkens erzogen werden; Eltern und Erzieher werden aufgefordert, Instrumente zum kritischen Denken den Kindern zu geben. Arneson und Shapiro sind der Auffassung, dass all diejenigen, die sich zu einem Rückzug aus dem öffentlichen Leben entschließen, dies machen können, nur wenn sie die Instrumente haben, um eine vernünftige Entscheidung zu treffen: Auf dass eine solche Entscheidung auf begründete Art und Weise getroffen wird, müssen die Individuen die entsprechende Kenntnisse haben. Erst wenn die Autonomie erreicht worden ist, kann gesagt werden, dass eine Entscheidung zum Rückzug aus dem öffentlichen Leben eine authentische Entscheidung ist, da diese Entscheidung von einer autonomen Person getroffen worden ist.

# Synthese

- Es existieren bestimmte Grenzen zur Autorität der Eltern.
- - Die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern sollten als ein Verhältnis von Pflegschaft und von Treuhänderschaft (Treuhandschaft) interpretiert werden.
- - Pflegschaft und Treuhänderschaft schließen aus, dass Kinder der Besitz der Eltern sind.
- - Die patriarchalische Annahme, dass Kinder Hab und Gut der Eltern sind, wird abgelehnt.
- - Das Recht der Kinder auf Erziehung übertrumpft das Recht der Amish Gemeinschaft, das Leben der eigenen Gemeinschaft aufzubewahren.
- - Erziehung sollte Kinder und Schüler für ein Leben in der Welt im generellen Sinne, nicht für das Leben in einer besonderen Gemeinschaft mit dem Ausschluss aller anderer Lebensweisen vorbereiten.
- - Erziehung sollte Erziehung zur Staatsbürgerschaft sein. Erziehung sollte den Schülerinnen und Schülern die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen, wenn sie den Wunsch haben, am öffentlichen Leben teilzunehmen.
- - Der Staat hat eine präzise Pflicht bezüglich Erziehung. Der Staat darf sich nicht mit dem machbaren Minimum begnügen.
- - Der grundlegende Aspekt ist, dass Erziehung als solche ein Wert ist. Ohne Erziehung ist keine reife Staatsbürgerschaft da.

# Synthese

- Der Punkt, dass das Element, welches die Positionen von Arneson-Shapiro auszeichnet, besteht darin, dass sie die Staatsbürgerkunde als das unersetzliche Instrument erachten, um eine reife Staatsbürgerschaft zu erlangen.
- - Die Teilnahme an der öffentlichen Dimension bildet eine vernünftige Obligation. Arneson-Shapiro zeigen keine Gleichgültigkeit im Verhältnis zur Teilnahme oder Nicht-Teilnahme an der Stimmabgabe. Sie plädieren für ein aktives Modell von Teilnahme.
- - Teilnahme am sozialen Leben ist besser als Rückzug vom sozialen Leben.
- - Gruppenrechte dürfen die individuellen Rechte nicht übertrumpfen.
- - Die Annahme, dass Gruppenrechte das Recht der Individuen zur Erziehung übertrumpfen können, darf nicht akzeptiert werden.
- - Erziehung als Erziehung zur Autonomie.
- - Maximisierung von Optionen.
- - Entwicklung der kritischen Vernunft.

## Arneson-Shapiro

In this chapter we take up a small piece of the newly discovered terrain: we explore the limits of parents' authority in the education of children who have been committed to their charge. Our use of this formulation, rather than parents' authority over "their children," prefigures one of the central claims we seek to defend and employ: that the relationship between parents and children is best thought as one of trusteeship; children are in no sense the property of their parents. Although most people will find the claim thus stated unexceptionable, and few would go so far as to describe their children as their property, many of the convictions to which people find themselves drawn in thinking about the authority of parents over children nevertheless reflect the archaic idea that the child is the chattel of the parent (which once went hand in hand with the patriarchal idea that the wife is the chattel of the husband). (Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of *Wisconsin v. Yoder*, in: Ian Shapiro (ed.), "Democracy's Place", pp. 137-138.)

## Arneson-Shapiro

The free exercise interests in question were the interests of the Amish parents in practicing their religion in their traditional way. But the state's expressed interest concerned the education of Amish children. On the face of it, there was a gap between the rights claimed by the parents, having to do with their practice of religion, and the claims of the state having to do with the children's education (Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of *Wisconsin v. Yoder*, in: Ian Shapiro (ed.), "Democracy's Place", pp. 150)

## Arneson-Shapiro on the Amish principles

“Although the Amish believe that vow of baptism must be taken voluntarily by a mature person, they go to great lengths in designing their system of education and acculturation to ensure that Amish children will take the vow and join the church. Herein lies the source of the half century of conflict between the Amish and secular educational authorities which culminated in the Yoder decision. The Amish educational system is designed to prepare children for life in the Amish community, not the outside world. To this end, the Amish try to shield children from the secular world, and they actively discourage critical questioning of Amish values and beliefs. They are particularly opposed to high school education, which they see as threatening to their entire way of life. By age fourteen the Amish child knows everything necessary to live successfully in the Amish community; as a result the Amish oppose further schooling, preferring on-the-job vocational training that will ease children into the community.” (Richard Arneson and Ian Shapiro, “Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of Wisconsin v. Yoder, in: Ian Shapiro (ed.), “Democracy’s Place”, pp. 140-141)

# Arneson-Shapiro on the requirements for the participation to the public life

“... we suppose that a significant aspect of citizenship includes the requirement that people have the capacity to vote in an informed way in elections that determine the membership of legislative assemblies, hence the content of the laws, as well as the identity of public officials and judges who execute and apply the laws. To be able to participate competently in democratic decision making, voters should have an adequate knowledge of contemporary science in its bearing on public issues, and understanding of modern world history and particularly the history of democratic institutions and the culture of their own society, and critical thinking skills that include the ability to represent the situation of others in imagination, to intuit their experience, and sympathetically to analyze and assess their attitudes, principles, and policy arguments. Citizens should have the capacities to keep themselves briefed on current events relevant to governmental decisions to be made. In a diverse democracy composed of disparate creeds, faiths, races, world views, and concerns, arriving at fair and reasonable decisions about public policy is a task of delicate and complex judgment.” (Richard Arneson and Ian Shapiro, “Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of *Wisconsin v. Yoder*, in: Ian Shapiro (ed.), “Democracy’s Place”, pp. 147)

Arneson-Shapiro on the level of education needed to participate to the public life: basic literacy is not sufficient

“Without entering into an extended consideration of what sort of education best prepares children for the responsibilities of democratic citizenship so conceived, we submit that education beyond basic literacy is needed to increase to an adequate level the likelihood that an individual will have the skills needed for democratic deliberation and the disposition to exercise these skills on appropriate occasions. In this regard although a high school education is not a panacea, it does provide some skills and knowledge needed to be a competent democratic deliberator.” (Richard Arneson and Ian Shapiro, “Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of *Wisconsin v. Yoder*, in: Ian Shapiro (ed.), “Democracy’s Place”, pp. 147)



# Arneson-Shapiro on the duty to participation to the democratic dimension

“Although we would not go so far as to argue that people necessarily have an obligation to vote in a democracy, there surely is a defensible obligation to vote in any tolerably functioning democracy. Voting by many is necessary if the system is to function properly, and there is no obvious, fair way to select a subset of voters to whom the obligation does not apply. No doubt there are circumstances in which refraining from voting is permissible and even obligatory. For example, it may well be the case, for all that we say in this chapter, that the Amish practice of withdrawal from society is justified. But informed judgment about these matters can only be made by people who understand how democratic systems work and what the issues at stake in democratic elections are. One needs to be educated for competent citizenship in order to determine whether it is permissible or obligatory to abstain from exercising this or that function of citizenship.” (Richard Arneson and Ian Shapiro, “Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of Wisconsin v. Yoder, in: Ian Shapiro (ed.), “Democracy’s Place”, pag. 149)

# Arneson-Shapiro on the contrasts between rights of parents and rights of communities

“Now the parents in *Yoder* did not invoke a fiduciary obligation to their children in support of their actions. Instead they appealed to a mixture of the right of the Amish community to reproduce itself and free-exercise rights of the parents. The first of these rests on an exceedingly powerful claim for group rights, for which it is difficult to see a coherent justification. Groups and classes are groups and classes of individuals, and talk of the “right” of the Amish community to reproduce itself glosses over the reality that group members may have conflicting rights and interests. If it is in the interest of Amish children to receive an adequate education, and their receiving it will threaten the existence of the group (assuming for now that this is true), then a conflict of this kind is evidently present. Our claim is that in such an eventuality there is no defensible reason to sacrifice the interests of the children in their education to their parents’ desire to reproduce the Amish community in the name of group rights.” (Richard Arneson and Ian Shapiro, “Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of *Wisconsin v. Yoder*, in: Ian Shapiro (ed.), “Democracy’s Place”, pag. 154)

## Arneson-Shapiro on the rights of children to education against the community rights

“(...) it is a far cry from saying that adults have a right to violate the rights of children to an adequate education, or to violate the legitimate interests of third parties in the education of children, in order that they may associate freely as an Amish community. If rights violations of either sort really are necessary conditions, then the claims of the Amish adults must give way. This is not because the Amish ought to be stamped out but because there is no reason that children and third parties should have to endure rights violations so that the Amish may freely associate.” (See Richard Arneson and Ian Shapiro, “Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of Wisconsin v. Yoder, in: Ian Shapiro (ed.), “Democracy’s Place”, pag 155.)

## Arneson-Shapiro on the definition of autonomy

“Several commentators on *Wisconsin v. Yoder* and related issues in family law have found the key to the puzzle to be a strong value of individual autonomy which finds appropriate expression in the “child’s right to an open future.” On this view, the aim of education is to prepare children for lives of rational autonomy once they become adults. A “rationally autonomous” life is one that is self-chosen in a reasonable way. Education for rational autonomy thus encompasses two requirements: (1) upon onset of adulthood individuals should be enabled to choose from the widest possible variety of ways of life and conceptions of the good and (2) individuals should be trained into habits and skills of critical reflections, so that they attain to the greatest feasible extent the capacity to choose rationally among these alternative ways of life. We refer to these two aspects of education for autonomy as (1) the maximization of options and (2) the development of critical reason.” (Richard Arneson and Ian Shapiro, “Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of *Wisconsin v. Yoder*, in: Ian Shapiro (ed.), “Democracy’s Place”, pag. 158)

## Arneson-Shapiro on the claims of Amish community

“The conflict between the child’s right to autonomy so conceived and the claims of the Old Order Amish parents is clear and direct; for the Amish straightforwardly believe that they should educate their children so that they embrace the traditional Amish way and that skills of critical reasoning would alienate their children from wholehearted identification with the right way to live and would therefore be corrupting.” (Richard Arneson and Ian Shapiro, “Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of Wisconsin v. Yoder, in: Ian Shapiro (ed.), “Democracy’s Place”, pag. 158)

## Arneson-Shapiro on the general characters of autonomy and of education for autonomy

“What marks education for autonomy is development of skills and habits of critical thinking. The autonomous person is not the person who bears allegiance only to spontaneously self-chosen values untainted by environmental influence. The autonomous person is, rather, one who is capable of standing back from her values and engaging in critical reflection about them and altering her values to align them with the results of critical reflection. The difficulty with the Amish program of socialization is not that it instils prejudgments – for any educational program does that – but rather that it fails to train children in skills of critical thinking and to encourage them to place a positive value on engagement in critical thinking about one’s fundamental values. The Amish acculturation program is expressly designed to limit critical thinking, to get children to accept things on faith without submitting them to reasoned reflection.” Richard Arneson and Ian Shapiro, “Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of Wisconsin v. Yoder, in: Ian Shapiro (ed.), “Democracy’s Place”, pp. 162-163)

## Arneson-Shapiro on the duties of the citizens

“Member of a democratic society are obligated to fulfil the responsibilities of democratic citizenship, which centrally involve the assessment of public policy proposals. To assess policy proposals as a citizen one must be able to exercise critical reason by imagining what can be said for and against candidate policies from the different points of view represented in the electorate.

The claim that one ought to exercise critical reason in evaluating policies and candidates is in conflict with the claim that one is entitled to eschew critical reason altogether in forming and affirming a view of one’s own individual good.” (Richard Arneson and Ian Shapiro, “Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of Wisconsin v. Yoder, in: Ian Shapiro (ed.), “Democracy’s Place”, pag. 165).

## Arneson-Shapiro on targets of the education for children

“Our argument has been that in a democracy, where citizens are affected by the collective actions of the majority, it is necessary that citizens develop the capacities needed to understand and evaluate the policies by which their lives might be affected and through which they might affect the lives of others. Children in a democracy should be educated to an age when critical reason is developed and can be deployed, and third parties have a right to expect parents and other educators to try to provide children with such an education.” (Richard Arneson and Ian Shapiro, “Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of Wisconsin v. Yoder, in: Ian Shapiro (ed.), “Democracy’s Place”, pag. 173)



## Arneson-Shapiro on the relationships between person's choices and education for autonomy

“We do not go so far as to assert that citizens in a democracy are obligated to participate in political life. We do insist, however, that even if, when they become adults, those who accept the Amish way of life choose to withdraw from participation in the political order, they need critical reasoning capacities if such a choice is to be authentic. It is because the Amish acculturation program is explicitly designed to prevent the development of critical reason that the Amish should have lost in Yoder. To accept a person's choice of an Amish way of life, one must have some reasonable confidence in that person's choice-making competence. This competence, we have argued, is developed in education for autonomy.” (Richard Arneson and Ian Shapiro, “Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of Wisconsin v. Yoder, in: Ian Shapiro (ed.), “Democracy's Place”, pag. 173)

## Positionen von William Galston (1)

- Es existiert, es liegt keine Rangordnung von Gütern vor.
- Es existiert, es liegt keine erste Tugend vor.
- Es existiert kein Maßstab für Güter.
- Güter sind im Verhältnis zueinander qualitative heterogen.
- Es existiert kein summum bonum: Es existiert kein höchster Wert für alle Individuen.
- Es existiert keine erste Tugend in der Institutionen der Gesellschaft.
- Es existieren Unterschiedliche Güter und Unterschiedliche Tugenden. Deren Wichtigkeit und deren Relevanz ist nicht absolut.

## Positionen von William Galston (2)

- Wichtigkeit und Relevanz der unterschiedlichen Güter und der unterschiedlichen Tugenden lassen sich nicht auf absolute Art und Weise messen. Sie lassen sich lediglich in Bezug auf verschiedene Umstände messen.
- Der Staat darf ausschließlich minimale Maßstäbe bestimmen.
- Der Staat darf lediglich einen minimalen Inhalt von Erziehung bestimmen.
- Der Staat muss eine Politik von The state must pursue a politics of maximal machbarer Unterkunft verfolgen.

# Galstons Positionen

- Galstons Grundsatzauffassung besteht darin, dass die Prinzipien einer Liberaldemokratie präzise Grenzen den Maßstäben auferlegen, die ein Staat legitim anwenden darf. Die Prinzipien von Galston sind die Folgenden:
  - - Es existiert keine Rangordnung für Güter.
  - - Es existiert keine erste Tugend.
  - - Es existiert kein Maßstab für Güter.
  - - Güter sind im Verhältnis zueinander qualitativ heterogen.
  - - Es existiert kein Summum Bonum: Es existiert kein absoluter, kein größter Wert für all die Individuen.
  - - Es existiert keine erste Tugend bei den sozialen Institutionen.
  - - Es existieren verschiedene Güter und unterschiedliche Tugenden, deren Wichtigkeit and Relevanz nicht absolut sind.
  - - Wichtigkeit und Relevanz der unterschiedlichen Güter und der verschiedenen Tugenden können nicht auf absolute Art und Weise, sondern lediglich mit Bezug auf die unterschiedlichen Umstände gemessen und beurteilt werden.

# Galstons Positionen

- Schon auf der Basis der Prinzipien von Galston können wir bemerken, dass wir uns innerhalb einer vollständig anderen Denkweise als die Denkweise von Arneson und Shapiro befinden. Während Arneson und Shapiro die mentale Entwicklung und Bildung, die durch das Erlernen der Staatsbürgerkunde erlangt wird, als einen absoluten Wert erachten, sind die Positionen von Galston ohne Zweifel auf die Abwesenheit eines absoluten Wertes, auf die Abwesenheit jedweden absoluten Wertes für die sozialen Güter orientiert.
- Die sozialen Güter haben einen verschiedenen Wert je nach den unterschiedlichen Umständen; ihr Wert variiert mit den Umständen. Es fehlt darüber hinaus auch ein Maßstab, durch welchen die verschiedenen Güter gemessen werden können. Wir können infolgedessen sehen, dass Galston der Staatsbürgerkunde keinen absoluten Wert zuschreibt. Galstons Interpretation stammt aus seiner Interpretation vom Liberalismus als Verschiedenheit, die an sich selbst der Interpretation des Liberalismus als Autonomie opponiert.
- Während Liberalismus als eine Interpretation des Individuums und der Gesellschaft, welche das Entstehen und die Förderung der Autonomie unterstützt, für einige Denker gilt, deutet Galston Liberalismus als eine Theorie, die Diversität in der Gesellschaft respektiert und die Bedingungen für das Zusammenleben zwischen den unterschiedlichen Gemeinschaften, die im selben Staat leben, garantiert. Der Staat soll nach Galstons Auffassung nicht Autonomie in den Individuen fördern, sondern sich mit dem Minimalen Machbaren begnügen. Autonomie ist nicht der absolute Wert, auf den der Staat und das Erziehungssystem hinzielen sollten. Bezüglich des Yoder-Spruchs bemerkt Galston das Folgende:

# Galstons Positionen

- Wiewohl der Staat Interesse an der verpflichtenden Erziehung hat, ist dieses Interesse nicht absolut im Sinne, dass all die anderen Interessen im Vergleich zur Erziehung vernachlässigt werden.
- - Der Fall Yoder betrifft die Grundinteressen der Eltern, die mit dem Staat kollidiert, die religiöse Zukunft und Erziehung der Kinder zu garantieren.
- Der Eingriff des Staates in die Sphäre hat viele Grenzen:
  - - Demokratie ist kein Trumpf für alle Fälle.
  - - In einer liberalen Sichtweise sollen die öffentlichen Institutionen vorsichtig und zurückhaltend sein, wenn sie mit den privaten Vereinen handeln.
  - - Es existiert keine Voraussetzung dafür, dass der Staat dazu berechtigt ist, in der Sphäre der Vereine zu intervenieren, da sie ihre inneren Angelegenheiten auf eine andere Art und Weise durchführen, die von den generellen öffentlichen Prinzipien divergieren.

# Galstons Positionen

- Galston ist der Ansicht, dass kein einzige Form von legitimer Entscheidungsfindung existiert. Demokratische Institutionen sind nicht unbedingt dazu berechtigt, dass sie in der Sphäre der Vereine intervenieren. Der Staat hat keine Legitimation, in Vereinen zu intervenieren, nur weil diese Vereine andere Prinzipien als diejenigen haben, die in der öffentlichen Sphäre mehrheitlich sind.
- Galston befürwortet eine Interpretation des Liberalismus, die mit dem Pluralismus koinzidiert: Die Annahme einer pluralistischen Aussicht impliziert, dass der Staat zumindest am Anfang eine Strategie von Nicht-Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Vereine verfolgen soll.
- - Das Verhältnis zwischen freiwilligen Vereinen und öffentlichen Normen ist nach Galstons Auffassung eine Quelle für Zwietracht zwischen zeitgenössischen Interpreten des Liberalismus. Einige behaupten, dass die sozialen Güter dermaßen wichtig sind, dass der Staat zu deren Verteidigung in der Sphäre der Vereine intervenieren darf.
- - Galston ist der Auffassung, dass die freien Vereine wichtige menschliche Güter erzeugen, so dass der Staat die Beweislast hat, wenn der Staat zu intervenieren versucht.
- - Da Wertepluralismus, Freiheit und politischer Pluralismus Prinzipien der Gesellschaft sein sollten, darf der Staat nicht als eine bevollmächtigte Behörde angesehen werden.

# Galstons Positionen

- Ein Widerstreit liegt zwischen den Auffassungen vor, die über die Verhältnisse zwischen öffentlichen Normen und freiwilligen Vereinen zum Ausdruck gebracht werden. Nach einer bestimmten Interpretation vom Liberalismus berechtigen die Bedingungen für die Verteilung der sozialen Güter zwischen Bürgerinnen und Bürgern den Staat zu einem Eingriff in all die Vereine, die bestimmte soziale Güter (wie es genau für die Erziehung und das Schulsystem der Fall ist) ausschließen. Die Möglichkeit der Verwendung von sozialen Gütern hat den Vorrang über die Unabhängigkeit und über die Souveränität innerhalb dieser spezifischen Auffassung. Galston ist seinerseits gegensätzlicher Ansicht: Er ist der Auffassung, dass der Staat im Rahmen der Entscheidung über die Eingriffslegitimität die Beweislast hat. Der Staat muss beweisen, dass er die Berechtigung zum Eingriff hat.
- - Innerhalb einer Liberaldemokratie liegt das Prinzip einer Trennung zwischen der Hoheit der Eltern und der Hoheit des Staates.
- - Der Staat hat das Recht, minimale Maßstäbe zu bestimmen, wie es diejenigen sein könnten, dass die Eltern die Pflicht haben, ihre eigenen Kinder zu erziehen.
- - Der Staat hat das Recht, minimale Erziehungsinhalte zu bestimmen.
- - Eltern haben dementsprechend einen weiten und geschützten Umfang von Wahlen, die das Thema betreffen, wie die Pflicht zur Erziehung ausgeführt werden muss.
- - Dieselben Rechte stehen den freiwilligen Vereinen zu.
- - Ein liberaler Staat darf jedenfalls bestimmte Handlungen nicht machen, auch wenn diese Handlungen dazu gerichtet sind, gute Bürgerinnen und Bürger zu bilden.
- - Die Berufung auf die Erfordernisse der politischen Bildung ist mächtig, aber sie ist nicht immer entscheidend, falls dieser Berufung von Ansprüchen widersprochen wird, die sich auf die Autorität der Eltern oder auf die Freiheiten der Individuen und der Assoziationen stützen.



# Galstons Positionen

- Es bleibt infolgedessen bestehen, dass die Eltern die Pflicht besitzen, ihre Kinder zu erziehen.
- Es bleibt bestehen, dass der Staat das Recht hat, minimale Inhalte für die Erziehung zu bestimmen.
- Galston betont trotzdem, dass Eltern und Vereine die Wahl besitzen, wie diese Pflicht in die Tat umgesetzt werden soll. Die Eingriffsmacht des Staates hat präzise Grenzen. Die Erfordernisse des Staates haben nicht unbedingt den Vorrang im Vergleich zu den Rechten der Eltern und der freiwilligen Vereinen. Die Anspruch der Eltern und der freiwilligen Vereine haben nicht unbedingt eine kleinere Macht als die Macht, die der Staat hat.
- Der Wortschatz, den Galston verwendet, ist interessant: Galston spricht von minimalen Maßstäben und von minimalen Erziehungsinhalten. Die Zuständigkeit des Staates weitet sich nur auf ein Minimum aus. Die Zuständigkeit des Staates ist limitiert. Die Eltern haben hingegen eine weite Sphäre für ihre Handlung. Der Staat muss den Freiheiten der Zuständigkeit Eltern und der freiwilligen Vereine weichen. Die Priorität wird von Galston den Eltern und den Vereinen gewährt.

# Galstons Positionen

- Eine liberale Ordnung die als eigenen Ansatz die Verpflichtung zum moralischen und politischen Pluralismus hat, wird sich nach der Auffassung von Galston bezüglich der Möglichkeit des Eingreifens in die Sphäre der Vereine und der Familien limitieren: Die Strategie des Staates wird darauf gerichtet sein, die maximal machbare Unterkunft zu verfolgen. Die Prinzipien der Strategie werden die Sicherheit der Individuen und die bürgerliche Einheit sein.
- - Galston gesteht ein, dass eine solche Strategie einen Preis haben wird.
- - Diese Strategie wird innerhalb der verschiedenen Gruppen die Präsenz von Praktiken erlauben, die auf Abneigung stoßen, wie es z.B. für den Patriarchalismus der Fall ist.
- - Diese Strategie wird darüber hinaus erlauben, dass zahlreiche Vereine die Bedingungen für ihre Mitgliedschaft auf eine Art und Weise definieren, die als Einschränkungen für die individuelle Freiheit erachtet werden könnten.
- - Diese sind Preise, die nach Galstons Ansicht bezahlt werden müssen, auf dass die individuelle und die assoziative Freiheit nicht vermindert werden.

# Galstons Positionen

- Die Interpretation der Pflichten und der damit zusammenhängenden Zuständigkeit des Staates, die Galston gibt, sieht als die Ziele, welche der Staat verfolgen muss,
  - - die Sicherheit der Individuen und
  - - die bürgerliche Einheit an: Der Staat muss diese Ziele verfolgen.
- Über diese Ziele hinaus sollte der Staat nicht gehen. Der Staat muss akzeptieren, dass das Bestehen der Assoziationsfreiheit und die individuelle Freiheit eine Verminderung der individuellen Freiheit mit sich bringt. Galston individuiert die Anwesenheit von zwei verschiedenen Konzeptionen des Liberalismus: Eine Konzeption basiert auf der liberalen Autonomie, die andere auf der liberalen Diversität.
  - - Die Konzeption, welche die liberale Autonomie als den grundlegenden Ansatz hat, hängt mit der Aufklärung zusammen.
  - - Diese Konzeption zielt auf die Befreiung durch Vernunft aus der Autorität ab.
  - - Innerhalb dieses Kontextes wird Vernunft als die erste Quelle der Autorität angesehen.
  - - Das Leben, das unter dem Modell der Vernunft gelebt wird, ist der Tradition und dem Glauben überlegen.
  - - Das Ziel des Lebens ist der Selbst-Determinierung über die externe Determinierung gegeben.
  - - Ausschließlich die individuelle Reflexion wird als eine legitime Quelle für die Interpretation des Guten und Bösen im Leben erachtet.
  - - Die liberale Diversität ist zum postreformatorischen Projekt verbunden: Es wird damit eine Lösung dafür gesucht, die politischen Konsequenzen der religiösen Differenzen zu versöhnen.
  - - Das Ziel dieser Position liegt nicht darin, die Autonomie zu fördern, sondern das Zusammenleben zwischen verschiedenen Gruppen zu ermöglichen.

# Galstons Positionen

- Liberale Autonomie wird mit der kritischen Überprüfung von sich selbst, von der Gesellschaft, von den Traditionen verbunden. Die liberale Autonomie heißt Überprüfung. Liberale Diversität ist Legitimierung der Unterschiede zwischen Individuen und zwischen Gruppen. Diversität impliziert einen Pluralismus der Ideen in der Gesellschaft.
- - Die liberalen Demokratien sind nicht bürgerliche Republiken. Der liberaldemokratische Staat besitzt nicht Vollmächte.
- - Öffentliche Ziele sind nicht unbedingt das Prinzip, dass in allen Umständen die Handlungen der Bürgerinnen und Bürger leiten.
- - Galston erachtet nicht Autonomie und Diversität als kompatibel.
- - Je nach der Annahme von Autonomie oder von Diversität als Grundprinzip des Staates, werden voneinander verschiedene Interpretationen der Erziehung, des Assoziationsrechtes und der freien Ausübung der Religion entstehen.
- - Die Förderung der Autonomie darf nicht als das Prinzip des Staates genommen werden.
- - Im Falle, dass Autonomie als das Ziel des Staates interpretiert würde, würde dies mit all den Lebensmodellen konfliktieren, die Autonomie nicht als den ersten Wert erachten.
- Eine zentrale Auffassung von Galston ist, dass Liberalismus den Schutz der legitimierten Diversität als Aufgabe hat. Ein liberaler Staat darf nicht darüber Stellung nehmen, ob Vernunft oder Tradition befolgt werden sollte. Autonomie als Prinzip würde die Homogenisierung aller Gruppe herbeiführen. Autonomie würde die Diversität zerstören. Wertepluralismus ist Galstons Modell.

# Galstons Positionen

Nach Galstons Auffassung bedeutet Respekt für die religiöse Freiheit der Kinder nicht, dass die Eltern all die Glaubensbekenntnisse als äquivalent erachten sollten und dann die Kinder zwischen den verschiedenen Glaubensbekenntnissen wählen lassen sollten.

- Bezüglich der Amish Gemeinschaft sagt Galston aus, dass die Amish Gemeinschaft kein Gefängnis ist.
- Galston erachtet nicht die Tugenden, die mit der Teilnahme am öffentlichen Leben verbunden sind, als die die einzigen Tugenden, welche die Staatsbürgerschaft kennzeichnen. Die Gesetzestreue, Verantwortung, Toleranz sind ebenso wichtig für die Funktionierung einer liberalen Demokratie.
- Galston gibt zu, dass es der Fall sein könnte, dass Familien und Gemeinden die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger verletzen; in diesen Fällen muss der Staat intervenieren. Der Staat muss aber vorsichtig sein, wenn es darum geht, den Bereich zu definieren, in welchem die Uniformität durch Zwang gesichert werden muss. Galston schließt nicht aus, dass der Staat intervenieren kann; in all den Fällen, in welchen die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger bedroht werden, soll der Staat intervenieren. Galston denkt eher, dass der Staat die Reichweite der Möglichkeit der Intervention eingrenzen muss.

## Galston on public goods

“Objective goods cannot be fully rank-ordered. This means that there is no common measure for all goods, which are qualitatively heterogeneous. It means that there is no summum bonum that is the chief goods for all individuals. It means that there are no comprehensive lexical orderings among types of goods. It also means that there is no “first virtue of social institutions” but, rather, a range of public goods and virtues the relative importance of which will depend on circumstances.” (William Galston, “Liberal Pluralism: The Implication of Value Pluralism for Political Theory and Practice”, pag. 5)

## Galston

Consider, finally the case of *Wisconsin v. Yoder*, decided by the Supreme Court (...). This case presented a clash between a Wisconsin state law, which required school attendance until age sixteen, and the Old Order Amish, who claimed that high school attendance would undermine their faith-based community life. The majority of Court agreed with the Amish and denied that the state of Wisconsin had made a compelling case for intervening against their practices: “[H]owever strong the State’s interest in universal compulsory education, it is by no means absolute to the exclusion or subordination of all other interests. ... [T]his case involves the fundamental interest of parents, as contrasted with that of the State, to guide the religious future and education of their children. (Liberal Pluralism: The Implication of Value Pluralism for Political Theory and Practice”, p. 19)

## Galston on the limits of public institutions

“... from a liberal pluralist point of view, I argue, there are multiple types of legitimate decision making, and democracy is not trumps for all purposes. Another example: From a liberal pluralist point of view, public institutions must be cautious and restrained in their dealings with voluntary associations, and there is no presumption that a state may intervene in such associations because they conduct their internal affairs in ways that diverge from general public principles.” (William Galston, “Liberal Pluralism: The Implication of Value Pluralism for Political Theory and Practice”, pag. 9)



## Galston on the contrast between the principles of voluntary associations and civic norms

“The relationship between voluntary associations and publicly enforced civic norms has emerged as a key point of disagreement among contemporary liberals. Some argue that civic goods are important, or fragile, enough to warrant substantial state interference with civil associations. It is a mistake, they believe, to give anything like systematic deference to associational claims. I disagree. I begin with the intuition that free associations yields important human goods and that the state bears a burden of proof whenever it seeks to intervene. My accounts of value pluralism, expressive liberty, and political pluralism lend theoretical support to this intuition and help explain why we should not see state power as plenipotentary.” (William Galston, “Liberal Pluralism: The Implication of Value Pluralism for Political Theory and Practice”, pag. 9-10)

## Galston on the rights of parents

“First, in a liberal democracy, there is in principle a division of authority between parents and the state. The state has the right to establish certain minimum standards, such as the duty of parents to educate their children, and to specify some minimum content of education, wherever it may be conducted. But parents have a wide and protected range of choices as to how the duty to educate is to be discharged. Suitably revised and extended, these considerations apply to the liberties of civil associations as well. Second, there are some things the liberal state may not do, *even in the name of forming good citizens*. The appeal to the requisites of civic education is powerful, but not always dispositive when opposed by claims based on the authority of parents or the liberties of individuals and associations.” (William Galston, “Liberal Pluralism: The Implication of Value Pluralism for Political Theory and Practice”, pag. 19)

## Galston on the costs of liberty

“A liberal polity guided (as I believe it should be) by a commitment to moral and political pluralism will be parsimonious in specifying binding moral public principles and cautious about employing such principles to intervene in the internal affairs of civil associations. It will, rather, pursue a policy of *maximum feasible accommodation*, limited only by the core requirements of individual security and civic unity.

That there are costs to such a polity cannot reasonably be denied. It will permit internal associational practices (for example, patriarchal gender relations) of which many strongly disapprove. It will allow many associations to define their membership in ways that may be seen as restraints on individual liberty. And it will, within limits, protect those whose words and way of life express deep disagreement with the regime in which they live. But unless liberty – individual and associational – is to be narrowed dramatically, these costs must be accepted.” (William Galston, “Liberal Pluralism: The Implication of Value Pluralism for Political Theory and Practice”, pag. 20)

## Galston on liberal autonomy

Liberal autonomy, I shall argue, is linked to an historical impulse often associated with the Enlightenment – namely, liberation through reason from externally imposed authority. Within this context, reason is understood as the prime source of authority; the examined life is understood as superior to reliance on tradition or faith; preference is given to self-direction over external determination; and appropriate relationships to conceptions of good or of value, and especially conceptions that constitute groups, are held to originate only through acts of conscious individual reflections on and commitment to such conceptions .

Liberal diversity, by contrast, is linked to what I shall call the post-Reformation project – that is, to the effort to deal with the political consequences of religious differences in the wake of divisions within Christendom. (Liberal Pluralism: The Implication of Value Pluralism for Political Theory and Practice”, pp. 24-25)

## Galston on autonomy and on diversity

“By “autonomy” I mean individual self-direction in at least one of many senses explored by John Locke, Immanuel Kant, John Stuart Mill, and Americans writing in an Emersonian vein. Liberal autonomy is frequently linked with the commitment to sustained rational examination of self, others, and social practices – whence Mill’s invocation of Socrates as liberal hero. By “diversity” I mean, straightforwardly, legitimate differences among individuals and groups over such matters as the nature of good life, sources of moral authority, reason versus faith, and the like.” (William Galston, “Liberal Pluralism: The Implication of Value Pluralism for Political Theory and Practice”, pag. 21)

## Galston on aims and ends of liberalism

“Properly understood, liberalism is about the protection of legitimate diversity. A liberal state need not and should not take sides on such issues as purity versus mixture or reason without tradition. To place an ideal of autonomous choice – let alone cosmopolitan bricolage – at the core of liberalism is in fact to narrow the range of possibilities available within liberal societies. In the guise of protecting the capacity for diversity, the autonomy principles in fact exerts a kind of homogenizing pressure on ways of life that do not embrace autonomy.” (See William Galston, “Liberal Pluralism: The Implication of Value Pluralism for Political Theory and Practice”, pag. 23)

## Galston on value pluralism

“Value pluralism is offered as an account of the actual structure of the actual structure of the normative universe. It advances a truth-claim about that structure, not a description of the perplexity we feel in the face of divergent accounts of what is valuable. So value pluralism is not to be confused with emotivism, noncognitivism, or Humean arguments against the rational status of moral propositions. Like monism, it advances a “realist claim about the metaphysical structure of value.” (William Galston, “Liberal Pluralism: The Implication of Value Pluralism for Political Theory and Practice”, pag. 30)

## Galston on the difference between pluralism and relativism

“Pluralism is not the same as relativism. Philosophical reflection supports what ordinary experience suggests – a nonarbitrary distinction between good and bad or good and evil.” (William Galston, “Liberal Pluralism: The Implication of Value Pluralism for Political Theory and Practice”, pag. 30)



## Galston on the duties of the parents

“Does respect for a child’s religious freedom mean that the parent is required to treat all comprehensive views equally, taking the child on a tour of different faiths and secular philosophical outlooks and then saying, in effect, you choose? Few parents, whatever their outlook, would accept this proposition; even fewer would endorse its enforcement by the state. And I do not see considerations weighty enough to warrant such a sharp break with established practices. At the very least, parents are entitled to introduce their children to what they regard as vital sources of meaning and value, and to hope that their children will come to share this orientation. One might also argue that instructing children within a particular tradition, far from undermining intellectual or religious freedom, may in fact promote it. Knowing what it means to live within a coherent framework of value and belief may well contribute to an informed adult choice between one’s tradition of origin and those encountered late in life.” (William Galston, “Liberal Pluralism: The Implication of Value Pluralism for Political Theory and Practice”, pag. 104-105)

## Galston on the plurality of civic virtues

“... the active deliberative/participatory virtues are not the only virtues of citizenship we should care about. Law-abidingness, personal and family responsibility, and tolerance of social diversity are also important for the successful functioning of contemporary liberal democracies. In these respects, among others, the Amish score high. They may not be the best of citizens, but may we not say that they are good enough? At least they fulfil the political version of the Hippocratic oath – to do no harm. I might add that if nonvoting and civic withdrawal are taken as sufficient evidence of parental and pedagogical failure warranting state intervention, then or indictment extends far beyond the minute numbers of Amish to implicate more than half the families and graduates of public schools in the United States.” (See William Galston, “Liberal Pluralism: The Implication of Value Pluralism for Political Theory and Practice”, pag. 107-108)

## Galston on the duties of the state

“If families, schools, or local communities are acting in ways that violate the basic rights of citizens, then the state must step in. And if the result is resistance – even “massive resistance” in the face of compulsory school desegregation – that is the price that must be paid for defending the rightful claims of all citizens. My point is, rather, that the state must be parsimonious in defining the realm in which uniformity must be secured through coercion. An educational program based on an expansive and contestable definition of good citizenship or civility will not ordinarily justify the forcible suppression of expressive liberty.” (See William Galston, “Liberal Pluralism: The Implication of Value Pluralism for Political Theory and Practice”, pag. 108-109)

## Raz on the definition of autonomy

“The ruling idea behind the ideal of personal autonomy is that people should make their own lives. The autonomous person is a (part) author of his own life. The ideal of personal autonomy is the vision of people controlling, to some degree, their own destiny, fashioning it through successive decisions throughout their lives.” (Joseph Raz, *The Morality of Freedom*, Chapter 14, *Autonomy and Pluralism*, pag. 369)

## Raz on the value of autonomy

“Autonomy is a constituent element of the good life. A person’s life is autonomous if it is to a considerable extent his own creation. Naturally the autonomous person has the capacity to control and create his own life. I called this the capacity sense of autonomy, for ‘autonomy’ is sometimes used to refer to that capacity alone. That capacity, which involves both the possession of a certain mental and physical abilities and the availability of an adequate range of options, is sometimes referred to as positive freedom.” (Joseph Raz, The Morality of Freedom, Chapter 15, Freedom and Autonomy, pag. 408)

Raz on the duties of the government as regards the promotion of autonomy (1)

“So if the government has a duty to promote the autonomy of people the harm principle allows it to use coercion both in order to stop people from actions which would diminish people’s autonomy and in order to force them to take actions which are required to improve people’s options and opportunities.” (Joseph Raz, *The Morality of Freedom*, Chapter 15, *Freedom and Autonomy*, pag. 416)

## Raz on the duties of the government as regards the promotion of autonomy (2)

“But the autonomy principle is a perfectionist principle. Autonomous life is valuable only if it is spent in the pursuit of acceptable and valuable projects and relationships. The autonomy principle permits and even requires governments to create morally valuable opportunities, and to eliminate repugnant ones. Does not that show that it is incompatible with the harm principle? The impression of incompatibility is encouraged by the prevalent anti-perfectionist reading of the harm principle. That reading is at odds with the fact that the principle merely restricts the use of coercion. Perfectionist goals need to be pursued by the use of coercion. A government which subsidizes certain activities, rewards their pursuits, and advertises their availability encourages those activities without using coercion.” (Joseph Raz, *The Morality of Freedom*, Chapter 15, *Freedom and Autonomy*, pag. 417)

## Raz on the contrasts between autonomy and community cultures

“One particular troubling problem concerns the treatment of communities whose culture does not support autonomy. These may be immigrant communities, or indigenous people, or they may be religious sects. It is arguable that even the harm principle will not defend them from the ‘cultural imperialism’ of some liberal theories. Since they insist on bringing up children in their own ways they are, in the eyes of liberals like myself, harming them. Therefore can coercion be used to break up their communities, which is the inevitable by-product of the destruction of their separate school, etc.?” (Joseph Raz, *The Morality of Freedom*, Chapter 15, *Freedom and Autonomy*, pag. 423)



## Raz: Transformation, not disintegration

“The perfectionist principles espoused in this book suggest that people are justified in taking action to assimilate the minority group, at the cost of letting its culture die or at least be considerably changed by absorption. But that is easier said than done. Time and again I have emphasized that people can successfully enjoy an autonomous life only if they live in an environment which supports suitable social forms. By hypothesis members of the autonomy-rejecting group lack this support in their communities. Wrenching them out of their communities may well make it impossible for them to have any kind of normal rewarding life whatsoever because they have not built up any capacity for autonomy. Toleration is therefore the conclusion one must often reach. Gradual transformation of these minority communities is one thing, their precipitate disintegration is another. So long as they are viable communities offering acceptable prospects to their members, including their young, they should be allowed to continue in their ways.”  
(Joseph Raz, *The Morality of Freedom*, Chapter 15, *Freedom and Autonomy*, pag. 424)

# Raz und Autonomie

# Bibliografie (1)

Arneson, R., - Shapiro, I., Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of *Wisconsin v. Yoder*, in: *Democracy's Place*, edited by I. Shapiro, Ithaca and London, 1996, pp. 137-174.

Callaan, E., *Autonomy and Schooling*, Kingston, Ontario, 1988.

Callaan, E., *Creating Citizens: Political Education and Liberal Democracy*, Oxford, 1997.

Feinberg: The Child's Right to an Open Future, in *Freedom and Fulfillment: Philosophical Essays*, Princeton 1992, pp. 76-97.

Galston, W. A., *Liberal purposes : goods, virtues, and diversity in the liberal state*, Cambridge, U.K., 1991.

Galston, W. A., *Liberal Pluralism: The Implications of Value Pluralism for Political Theory and Practice*, Cambridge, U.K., 2002.

Gutmann, A., Children, Paternalism, and Education: A Liberal Argument, in: *Philosophy & Public Affairs*, Vol. 9, No. 4 (Summer, 1980), pp. 338-358.

Gutmann, A., *Democratic Education*,

Mill, J. S., *On Liberty*, Malden, Massachusetts, 2003.

## Bibliografie (2)

- Raz, J., *The Morality of Freedom*, Oxford, 1986.
- Shapiro, I., - Arneson, R., *Democratic Autonomy and Religious Freedom: A Critique of Wisconsin v. Yoder*, in: *Democracy's Place*, edited by I. Shapiro, Ithaca and London, 1996, pp. 137-174.
- Shapiro, I. (ed.), *Democracy's Place*, Ithaca and London, 1996.

Herzlichen Dank für Ihre  
Aufmerksamkeit!

[gianluigisegalerba@gmail.com](mailto:gianluigisegalerba@gmail.com)

